

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zl. mit Zufüllgeld 3,80 zl. Bei Postbezug monatl. 3,89 zl. vierteljährlich 11,66 zl. Unter Streifband monatl. 7,50 zl. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile Deutschland 10 hzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschiff u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postleistungskosten: Polen 202 157, Danzig 2328, Stettin 1847.

Nr. 72

Bydgoszcz/Bromberg, Dienstag, 29. März 1938

62. Jahrg.

Die Litauische Frage

und die Grundsätze der polnischen Politik.
(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Oberst Boguslaw Miedziński hat in der „Gazeta Polska“, dem führenden Organ des Lagers der Nationalen Einigung, unter obigem Titel einen Aufsatz veröffentlicht, der einen authentischen Kommentar zu der jüngsten Senatsrede des Außenministers Beck enthält; einen Kommentar von hohem aktuellen Wert und zugleich von grundsätzlicher Bedeutung. Oberst Miedziński knüpft an die Stelle in der Beck'schen Rede an, in welcher der Außenminister in einer die voraussichtliche Kritik am Vorgehen der Regierung vorwegnehmenden Weise in einem lapidaren Ausspruch auf die Grundsätze und Traditionen der polnischen Politik hingewiesen und diese den Tendenzen der denkbaren Kritiker kraftvoll entgegengestellt hat. Die von Minister Beck vorausgesetzte Kritik hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet, und es hat sich gezeigt, daß die Kritiker von Voraussetzungen ausgehen, die mit den Grundsätzen und Traditionen der polnischen Politik durchaus unvereinbar sind, weil sie einem Maximalismus von höchster Art entspringen. Diese Befürworter, die zwischen Zielsetzung und Taktik nicht zu unterscheiden wissen, will Oberst Miedziński eines Besseren belehren.

„Alle Einwände der Maximalisten — sagt der Verfasser einleitend — lassen sich auf den Vorwurf zurückführen, daß die Regierung die sich darbietende Gelegenheit, die günstige Konjunktur nicht gehörig ausgenutzt, daß sie sich mit der angeblich unbedeutenden Genugtuung der Annäherung von normalen diplomatischen und nachbarlichen Beziehungen begnügt hat. Es wurden Stimmen laut, welche die territoriale Angliederung oder mindestens die Errichtung einer Union oder eines Bündnisses mit Litauen verlangten.“

Miedziński unterzieht den Wert dieser Stimmen einer „Untersuchung“ unter dem Gesichtspunkt der „Grundsätze und der Tradition der polnischen Politik“. Von dieser Worte aus betrachtet, wird alles, was sich auf die Frage der Konjunktur bezieht, hinfällig. „Die Ziele der Staatspolitik können sich nicht aus solchen Voraussetzungen ergeben, sie können nämlich nicht veränderlich sein; alle konjunkturähnlichen Voraussetzungen können ausschließlich die Taktik, die Wahl des Augenblicks und der Mittel des Handelns betreffen. Die politischen Ziele eines angesuchten Staates können nicht von einer sich bietenden Gelegenheit diktiert werden; und schon ganz unzulässig ist das Ringen um Ziele — und lägen sie auch im Bereich der vollkommenen sofortigen Möglichkeit — um den Preis des Bruchs der Grundtugue, zu denen sich der betreffende Staat befreit oder der Traditionen, welche er in seiner bisherigen Politik festgelegt hat.“

„Der Bruch von Grundsätzen oder die Schaffung von zweierlei Maßes auf diesem Gebiet — eines Maßes für sich und eines anderen für andere — droht immer mit dem Verlusten in die Verlogenheit, was niemals zu etwas Gute führt, weder im Zusammenleben von Menschen noch in dem von Nationen; beides führt aber gewiß zu so schlimmen Dingen, wie zu dem Verlust der Achtung und des Vertrauens.“

„Der positive Nationalismus, der ein Grundsatz ist, zu welchem wir uns in unserem nationalen Leben bekennen, befiehlt die Achtung der Rechte anderer Nationen an. Für die Wiedererlangung der eigenen staatlichen Souveränität haben wir mit Blut und Leben während einer Reihe von Generationen gekämpft. Wenn die litauische Nation ihren eigenen Staat geschaffen hat, so ist das ihr gutes Recht. Wir müssen dieses Recht — um nicht als „verlogen“ gescholten zu werden — ebenso achten, wie wir von anderen verlangen, daß sie unsere guten Rechte achten.“

„Die Sache der Tradition der polnischen Politik hat hier auch ihre genügend ausdrucksvolle Stimme. Diese Tradition hat sich schon durch manche von unseren Handlungen in diesem Teil Europas abzeichnet, wo sich nicht nur die Grenzen vieler Staaten berühren, sondern auch zwei Welten von immer mehr betonten Verschiedenheit aneinander grenzen.“

Es ist Tradition der polnischen Politik, im Bereich ihrer Einflüsse konsequent in der Richtung der friedlichen Gestaltung der Beziehungen und des nachbarlichen Zusammenseins sogar in denjenigen Fällen zu wirken, wo die Schwierigkeiten unüberwindlich zu sein scheinen. Eine vielfährige konsequente Aktion Polens war der Abschluß von friedlichen Abmachungen zwischen Sowjetrußland und der Gesamtheit seiner westlichen Nachbarn. Eine Aktion von ungemeinem Gewicht für die Gesamtheit der europäischen Beziehungen war ebenfalls das friedliche Abkommen mit dem Deutschen Reich. Eine beständige Arbeit unserer Diplomatie war auch die Engerfüllung der Beziehungen zu allen Staaten der baltischen Meeresküste. Wenn wir dazu unser dauerndes Bündnis mit Rumänien hinzufügen, — so ist es unmöglich zu bestreiten, daß wir bereits eine gewisse Traditionaleiste, bestehend aus vielen Gliedern, geschaffen haben. Die Normalisierung der Beziehungen des nachbarlichen

früherer Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Pommersche Tageblatt

Katholische Kirche und Nationalsozialismus:

Feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe Bekenntnis zum Großdeutschen Reich.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Wien:

Die österreichischen Bischöfe haben eine feierliche Erklärung erlassen, in der sie aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen anlässlich der großen geschichtlichen Ereignisse in Deutsch-Oesterreich erklären, daß sie die Leistungen der Nationalsozialistischen Bewegung freundlich anerkennen und ihr Wirken mit den besten Segenswünschen begleiten. Die Bischöfe erkennen sich ausdrücklich als Deutsche zum Deutschen Reich und fordern dieses Bekenntnis von allen gläubigen Christen.

Die feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe wurde dem Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung in Österreich, Gauleiter Bürkel, mit folgendem Schreiben überwandt.

Der Erzbischof von Wien.

Wien, am 18. März 1938.

Sehr geehrter Herr Gauleiter!

Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiermit. Sie ersehen daraus, daß wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung und Heil Hitler!

Kardinal Theodor Inniger.

Der feierlichen Erklärung ist folgendes Vorwort vorangesetzt:

Vorwort zur feierlichen Erklärung der österreichischen Bischöfe in Sachen der Volksabstimmung.

Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Österreich angesichts der großen geschichtlichen Stunden, die Österreichs Volk erlebt, und im Bewußtsein, daß in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem großen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an alle gläubigen zu richten.

Wir können das um so unbesorgter tun, als uns der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Österreich, Gauleiter Bürkel, die anfrichtige Linie seiner Politik bekanntgab, die unter dem Motto stehen soll:

„Gebe Gott was Goites ist und dem Kaiser
was des Kaisers ist.“

Wien, am 23. März 1938.

Für die Wiener Kirchenprovinz:

Kardinal Theodor Inniger, Erzbischof.

Für die Salzburger Kirchenprovinz:

S. Waiz, Fürst-Erzbischof.

Feierliche Erklärung.

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Ereignisse in Deutsch-Oesterreich: Wir erkennen freundlich an, daß die Nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus sowie der Sozial-Politik für das Deutsche

Zusammenlebens mit Litauen ist unzweifelhaft ein neues Glied in dieser Tradition; dagegen würden alle von unseren Nationalisten gewiesenen Schritte nicht einer Fortführung, sondern einem Bruch dieser Tradition gleichkommen, welche doch Polen Achtung und Ansehen im Kreise der europäischen Nationen eingebracht hat.

Während dieser ganzen Arbeit der vergangenen Jahre beobachtete unsere Diplomatik ohne Zweifel genau die Gestaltung der Beziehungen im gegebenen Zeitraum, wählte sie sorgfältig den Augenblick für die Verwirklichung der einzelnen Ziele. Dann handelte sie, sei es im Wege mühsamer Unterhandlungen, sei es mit Hilfe von Akzenten der Entschiedenheit. Doch betraten diese Rücksichten konjunktureller Natur immer und einzlig die Taktik — niemals die Ziele; und eben deswegen kann sich die polnische Politik während dieser ganzen Zeit über ihre Stetigkeit von den Grundlagen des Handelns an bis zu den Spätenerfolgen — ausweisen.

Wir vertreten daher die Meinung, daß die Politik Polens in ihrer längsten Aktion vom Gesichtspunkt der Grundsätze und Tradition aus als regelrecht bezeichnet werden kann. Regelsrecht ist in ihr, unserer Ansicht nach, das eben, was angegriffen wurde: daß die Regierung in dem Zeitpunkt, in dem sie Entschiedenheit in ihren Handlungen für notwendig und angezeigt hielt — keine anderen Ziele ins Treffen führte, als diejenigen, welche sie sich vor mehr als einem Jahrzehnt gestellt hatte. Polen ist nicht

Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der Nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volk schulden.

Wien, am 18. März 1938.

Kardinal Theodor Inniger, Erzbischof.
A. Hester, Erzbischof.
S. Waiz, Fürst-Erzbischof.
Pawlikowski, Fürst-Bischof.
Johannes Maria Gößner.
Michael Memelauer.

Der Schlussstrich unter die Vergangenheit.

Das Bekenntnis der österreichischen Bischöfe zum Reich versieht das Deutsche Nachrichten-Bureau mit folgendem Kommentar:

Mit Freude und aufrichtiger Genugtuung nimmt das ganze deutsche Volk von dieser Erklärung Kenntnis. Sie ist geeignet, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Sie beweist, daß in dieser für das ganze deutsche Volk und seine Zukunft so ereignisreichen Zeit auch die Katholische Kirche den Weg zum neuen Staat finden will.

Der Nationalsozialismus, der das unverrückbare Ziel der Einigung aller Deutschen verfolgt, wird glücklich, au hauf diesem Gebiet den Hader und damit die Zerrissenheit unseres Volkes beenden zu können. So wird vielleicht zum ersten Mal in unserer Geschichte am 10. April 1938 die ganze deutsche Volkgemeinschaft ohne Rücksicht auf Stämme, Länder, Klassen und Konfessionen geschlossen zur Wahlurne treten und vorbehaltlos ihr Ja aussprechen.

Von allen Kanzeln verlesen.

Die feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung am 10. April ist am Sonntag Vatikana im gesamten bisherigen österreichischen Staatsgebiet von allen Kanzeln zur Verlesung gebracht worden.

Der päpstliche Buntins bei Nibbentrop.

Wie sich der „Instytut Kurjer Codzienny“ aus Berlin melden läßt, hatte der Päpstliche Nuntius in Berlin Monsignore Orsenigo am Freitag im Auswärtigen Amt eine längere Unterredung mit dem Reichsaußenminister von Ribbentrop, nachdem eine ähnliche Konferenz schon vor einigen Tagen stattgefunden hatte. In katholischen Kreisen Berlins wurde erklärt, daß man in nächster Zeit mit einer Verständigung darüber rechne, wann die Verhandlungen über die strittigen Punkte des Konkordats beginnen sollen. Es werde auch erwartet, daß der Vatikan eine besondere bedeutungsvolle Botschaft veröffentlichen werde, die sich mit der Frage des Verhältnisses des Deutschen Reichs zur Kirche beschäftigen werde.

Diese Botschaft werde von den Kanzeln aller katholischen Kirchen in Deutschland verlesen werden.

bereit und in der Lage, die Erinnerung an jene mittelalterlichen Raubritter wachzurufen, die sich an großen Strafen, hinter Kreuzwegen auf die Lauer legten und — vorbeifahrende, nicht genügend wehrhafte Scharen von Reisenden ausplünderten, nachdem sie einen günstigen Moment dazu erpaßt hatten.

Die von Polen angewandten Akzente der Entschiedenheit und Kraft waren nur deshalb unentbehrlich, weil — wie Minister Beck ausführte — die Welt wissen muß, daß in Polen hinter jedem diensttuenden Soldaten der ganze Staat steht.“ Gleichermassen auch deshalb, damit die von Grundsätzen und Traditionen diktierte Enthaltsamkeit unserer Politik nicht irrtümlich als Schwäche gedeutet werden kann.“

„Im Verlauf der jüngsten Erscheinungen sehen wir Merkmale, welche wir immer in unserem staatlichen Leben sehen möchten. Alles war an seinem Platz, in gehöriger Ordnung, alles ergänzte sich gegenseitig. Die präzise Bereitschaft seitens der Wehrmacht; der Zusammenschluß der Reihen und die großartige patriotische Begeisterung seitens der Nation; die regelrechten und gehörig durchdachten Entschlüsse und Maßnahmen der Regierung, die sich auf die beiden vorhergehenden Faktoren stützen konnten. Daher glauben wir, daß die weitere Entwicklung der Ereignisse ruhig abgewartet werden darf.“

Litauen neuer Ministerpräsident war

Propst bei Bialystok.

Der neue litauische Ministerpräsident, Pfarrer Mironas, der seinerzeit an den polnisch-litauischen Verhandlungen teilgenommen hatte, hat, wie die polnische Presse zu berichten weiß, gute Kenntnisse über Polen, da er in den Jahren 1908 bis 1910 Propst in Choroszca bei Bialystok, einer damals kleinen Fabrik-Siedlung, war. Nach Choroszca, wo sich jetzt eine der größten Irrenanstalten Polens befindet, kam Pfarrer Mironas aus Wilna, wo er Präfekt des Gymnasiums war. Wie die alten Bewohner aus Choroszca erzählen, war das Verhältnis des Propstes gegenüber den polnischen Gläubigen im allgemeinen korrekt, wenngleich Propst Mironas stets seine Zugehörigkeit zur litauischen Nation betonte und immer wieder erklärte, daß er sich nach seinem Vaterland sehnt. Von Choroszca wurde Propst Mironas nach Olszki versezt, später wurde er Dekan in Merecza, einem Ort, der dann auf litauischer Seite geblieben ist.

Wie aus Kowno gemeldet wird, empfing Ministerpräsident Propst Mironas Vertreter der in- und ausländischen Presse, denen gegenüber er erklärte, daß er die Mission zur Bildung einer neuen Regierung aus dem Grund angenommen habe, weil es den Interessen des Staates abträglich wäre, wenn die Regierung noch länger ohne Ministerpräsident bleiben sollte. In politischen Kreisen Warschaus gilt der neue litauische Ministerpräsident als ein Mann, der den Rechten Polens in Litauen wohlwollend gegenüber steht.

*
Zu dem Kabinettswchsel in Litauen schreibt die parteiöffentliche „Preußische Zeitung“ in Königsberg:

Ministerpräsident Mironas steht heute im 68. Lebensjahr. Er hat in Litauen das Gymnasium besucht, hat dann in Wilna seine Ausbildung als Geistlicher im Priesterseminar begonnen und in Petersburg in der Priesterakademie beendet. Während des Krieges, als Litauen vom deutschen Heer besetzt war, hat er, wie „Lietuvos Aidas“ besonders hervorhebt, seine geheime Tätigkeit im nationallitauischen Sinn betrieben und in dieser Zeit etwa 90 geheimen litauischen Schulen organisiert. Mironas gehörte von Anfang an auch der im Jahr 1918 gegründeten litauischen Taryba (Staatsrat) an und zog auch in die konstituierende Nationalversammlung als Abgeordneter ein. Im dritten Sejm gehörte er der Partei der Tautininkai an, die mit drei Abgeordneten im Jahr 1926 in den Sejm einzog. Diese Partei führte mit Hilfe des Heeres im Dezember 1926 den Sturz der damaligen Linksgouvernement herbei und nahm selbst die Regierung in ihre Hände. Die damaligen Sejm-Abgeordneten waren der heutige Staatspräsident Smetona, der inzwischen ausgebootet und jetzt nach Paris übergesiedelte frühere Ministerpräsident Woldemaras und der heutige Ministerpräsident Mironas. Die Tautininkai ist es dann gewesen, die mit Hilfe des Heeres die nationale Revolution in Litauen herbeiführte. Mironas ist also ein ausgesprochen nationallitauisch eingestellter Politiker.

Wesentlich erscheint im neuen litauischen Kabinett die Neubesetzung des Justizministeriums. Der bisherige Justizminister Baron Schilling war der größte Anhänger einer russenfreundlichen Politik und außerdem der Initiator des litauischen Westverbandes. Die Besetzung des Inneministeriums mit Silvestras Leonas rechtfertigt andererseits gewisse Bedenken, da Leonas seinerzeit den großen Prozeß gegen die Memelländer als Vorsitzender des Kriegsgerichts geleitet hat. Es ist also noch gar nicht abzusehen, ob diese Umbesetzung des Ministerkabinetts auch schon eine Abkehr von der bisher befolgten russenfreundlichen Politik zu bedeuten haben wird. Überraschend mag wirken, daß der frühere Ministerpräsident Tubelis, von dem gemeldet worden ist, daß er schwer krank ist, dennoch in der neuen Regierung ein Amtsort übernommen hat. Zusammenfassend sei betont, daß auch das neue Kabinett sich nur aus führenden Persönlichkeiten des Tautininkai-Verbandes zusammensetzt.

Eine Villa für die Polnische Gesandtschaft

Für den Sitz der polnischen Gesandtschaft ist, wie aus Kowno mitgeteilt wird, bereits eine schöne Villa an der Freiheitstraße im Mittelpunkt der Stadt, neben dem Präsidium des Ministerrats, gemietet worden. Die Verwaltung des Metropol-Hotels hat bereits allen im ersten Stockwerk wohnenden Gästen die Zimmer mit Rücksicht auf die erwartete Ankunft der polnischen Gesandtschaft gekündigt. Diese wird sich zunächst im Hotel einrichten, so lange die Villa den Bedürfnissen der polnischen diplomatischen Vertretung noch nicht angepaßt ist.

Rundschau des Staatsbürgers.

Der 31. März — letzter Termin für Steuererleichterungen!

Am 31. März d. J. erlösen mehrere generelle Erleichterungen, die durch eine Verordnung des Finanzministers vom 15. April 1935 für Steuerrückstände gewährt wurden. Im Zusammenhang damit beginnen die Finanzämter am 1. April d. J. mit der Einziehung der Rückstände, die auf Grund dieser Verordnung bis zum 31. März d. J. nicht liquidiert worden sind.

Bestimmte Erleichterungen von Amts wegen werden lediglich Landwirte gewährt, die nach Festlegung der Finanzämter im Jahre 1937 durch Unwetterhöden mindestens einen Ernteaussfall von 15 Prozent im Vergleich zu dem Durchschnittsertrag hatten. Es handelt sich dabei um Rückstände aus der Grund- und Einkommensteuer, die bis zum 31. März d. J. befristet waren, und bis zu diesem Termin der Verordnung entsprechend nicht beglichen wurden. Solche Steuerrückstände werden den Landwirten bis zum 31. Dezember d. J. gestundet, wobei diese Rückstände bis zum erwähnten Termin ohne Verzugssüßen bezahlt werden dürfen.

Darüber hinaus dürfen die Landwirte, denen die eben erwähnte Erleichterung gewährt wird, und welche von der 25 prozentigen Streichung ihre auf Grund der Verordnung vom 15. April 1937 gestundeten Rückstände keine Gebrauch gemacht haben, weil sie im Steuerjahr 1937/38 ihre Rückstände nicht bis zum 31. März d. J. getilgt haben, von der 25 prozentigen Tilgung Nutzen ziehen, sofern sie die Grund- und Einkommensteuer bis zum 31. Dezember d. J. bezahlen. Die 25 prozentige Streichung kann nur bis zur Höhe des Rückstandes erfolgen, der bis zum 31. Dezember d. J. gestundet wird.

Die Verordnung des Finanzministers über diese hier erwähnten Erleichterungen wird in der nächsten Nummer des Amtsblattes des Finanzministers veröffentlicht.

Vier Wanderlehrer

aus Pommern verhaftet!

Deutsche Fibeln beschlagnahmt!

In der Zeit vom 28. Februar bis zum 12. März d. J. wurden vier deutsche Wanderlehrer aus Pommern verhaftet. Die Gründe für die Verhaftung sind nicht bekannt, ebenso ist den Angehörigen der jetzige Aufenthalt der Festgenommenen von der Behörde bisher noch nicht mitgeteilt worden.

Da auch in den vergangenen Tagen im Kreise Dirschau und Starograd (Pommern) von Polizeibeamten viele deutsche Fibeln bei deutschen Familien beschlagahmt wurden, hat sich im Zusammenhang mit der Verhaftung der Wanderlehrer eine begreifliche Unruhe im Deutschtum Pommerns bemerkbar gemacht. Die deutsche Bevölkerung hofft, daß bald Aufklärung über diese Aktion der Behörde geschaffen wird.

Aus Pommern wird ferner gemeldet, daß am 15. März vor dem Bezirksgericht in Culm (Chelmno) Pommern, gegen den deutschen Wanderlehrer Hermann Schulz wegen angeblichen „illegalen Unterrichts“ verhandelt wurde.

Der letzte Teil dieser Meldung des „Deutschen Pressedienstes aus Polen“ wurde beschlagahmt.

Armin Droß wieder verhaftet.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am Freitag, dem 8. März, Armin Droß-Bromberg einer der Angeklagten aus dem Kessauer Prozeß, der zu Weihnachten 1937 aus dem Koniger Gefängnis entlassen worden war, erneut verhaftet. Wie verlautet, lag ein Haftbefehl der Koniger Staatsanwaltschaft vor. Die Gründe für die Verhaftung sind unbekannt. Armin Droß befindet sich gegenwärtig im Dirschauer Gerichtsgefängnis.

Ein Urteil gegen den Deutschen Volksbund.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Volksbundes, Dr. e. h. Ulliz und der Referent der Rechtsabteilung des Volksbundes Janischewski sind vom Katowizer Amtsgericht zu 2 bzw. 4 Wochen Haft und 100 bzw. 150 Blotz Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatten eine Einigung des Volksbundes an das Wojewodschaftsamt unterzeichnet, in der gegen den Lehrer an der deutschen Minderheitsschule Margalla, einen Polen, Beschwerde erhoben wurde, weil er die deutschen Erziehungsberichterstatter, die ihre Kinder aus der polnischen in die deutsche Schule umschulen ließen, durch bestimme Äußerungen beleidigt hätte. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Letzte Runde in Spanien.

Mit angespannter Aufmerksamkeit blickt England nach Spanien. Die Londoner „Times“ veröffentlichten den Bericht eines Sonderkorrespondenten aus Hendaye, der die Überschrift trägt: „Die letzte Runde in Spanien“. Nur eine auswärtige Intervention, heißt es hier, könne Spanien retten, dessen neue Armee ihren letzten Bolzen in Teruel verschossen habe. Franco sei in einer viel besseren Stellung, indem er von seiner zentralen Lage aus sich den jeweiligen Kampfplatz auswählen könne. Eine besondere Gefahrenquelle bildet die verschiedenartige Zusammensetzung der Roten Armee, von denen eine Division anarchistisch, die andere sozialistisch und die dritte kommunistisch sei. Auch die Internationale Brigade sei demoralisiert.

Die Roten im Alcubierre-Gebirge eingekesselt

Die große Angriffsaktion General Francos entwickelt sich in erstaunlichem Tempo zu dem eindrucksvollsten strategischen Erfolg des bisherigen Kriegsverlaufs.

Auf allen Teilen des jetzt 200 Kilometer breiten Abschnitts sind — mit verschiedener Stoßrichtung — neue Angriffe durchgeführt worden. In der Nacht auf Mittwoch über den Ebro gegangen und die Truppen der südlichen Huesca-Front konnten westlich von Saragossa die Verbindung miteinander herstellen, wodurch das gesamte Alcubierre-Gebirge mit seinen wichtigen sowjetspanischen Stellungen eingeschlossen worden ist. Von Huesca breiten sich die Nationalen strahlensförmig insbesondere längs der Hauptstraße nach Barbastro und Lerida nach Osten aus. Am Ebro stehen die Truppen des Generals Yague nach der Einnahme des wichtigen bolschewistischen Stützpunkts Bujalaroz nur noch 70 Kilometer von Lerida entfernt.

Auch im südlichen Aragon konnte südlich von Alcaniz der Vormarsch überraschend fortgesetzt werden. Hier stießen die nationalen Truppen im Abschnitt Alcorisa bis über den Oberlauf des Guadalope-Flusses in Richtung auf die Hauptstraße Alcaniz—Valencia vor und eroberten das Städtchen Castellote.

Französisches Komplott gegen Chamberlain?

Blums und Paul Boncour's Interventionsplan zugunsten Barcelonas.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Paris:

Eine längere Schilderung, wie die französische Regierung an einer Intervention in Spanien verhindert worden sei, veröffentlicht die oppositionell eingestellte Wochenschrift „Cyrano“, der nun die Verantwortung für die Richtigkeit allerdings überlassen muß.

Es sei allgemein bekannt, so schreibt die Wochenschrift, daß Negrin sowie der Vertreter Barcelonas und der sowjetrussische Botschafter von Blum und Paul Boncour Versprechungen einer sofortigen Intervention in Spanien erhalten hätten. Am Montag, dem 14. März, sei alles bereit gewesen.

Drei Divisionen der französischen Armee sollten die Pyrenäen überschreiten.

Das Fliegerregiment von Toulouse habe Befehl erhalten, zum Start nach Barcelona bereit zu sein. Die Intervention sei nicht erfolgt, weil der Generalstab sich mit aller Kraft widerstellt habe. Die Generale hätten erklärt, daß es ein schwerer Fehler wäre, die französische Ostgrenze zu entblößen und unter den gegebenen Umständen einen Teil der französischen Artillerie und Luftstreitkräfte abzugeben. Dadurch sei der Generalstab aufgestellt, und die Sitzung des Obersten Landesverteidigungsrats sei stürmisch verlaufen. Blum und Paul Boncour seien aber hörtäglich bei ihrer Ansicht geblieben. Hierauf habe General Gamelin dem Staatspräsidenten er-

klärt, daß mehrere Generäle entschlossen seien, im Falle einer Intervention in Spanien zurückzutreten und ihre Gründe in einem zu veröffentlichten Brief darzulegen. Gleichzeitig und hierin decken sich die Enthüllungen des „Cyrano“ mit dem am gleichen Tage veröffentlichten Beitrag des „Four“ — sei ein englischer Schritt erfolgt.

Das Londoner Kabinett habe den französischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß es sich einer Intervention in Spanien nicht anschließen würde, und daß eine Entscheidung französischer Truppen nach Barcelona den Bruch der französisch-englischen Solidarität bedeuten würde. Der Englische Botschafter soll Léon Blum darüber hinaus erklärt haben, daß die Anwesenheit Paul-Boncour im Außenministerium die Englische Regierung mit Beunruhigung erfülle. Gegenüber diesem Ultimatum habe Léon Blum nachgegeben.

Paul Boncour habe in verschiedenen Unterredungen mit dem Sowjetbotschafter die Frage geprüft, wie der englische Widerstand besiegt werden könnte. Der Sowjetbotschafter habe Paul Boncour erklärt,

dass man das Kabinett Chamberlain stürzen müsse.

Hierauf sei ein Komplott geschmiedet worden, um Chamberlain zum Rücktritt zu zwingen. Am Quai d'Orsay sei von Comte ein Feldzug von falschen Nachrichten und alarmierenden Gerüchten in die Wege geleitet worden. Lord George sei von Léon Blum nach Paris gebeten worden, um den Angriff gegen das konservative Englische Kabinett vorzubereiten. Wenn diese Verschwörung gelänge, gebe es Krieg. Wenn sie Schiffbruch erleide, würde sich die englisch-französische Freundschaft abkühlen. In beiden Fällen, so schließt „Cyrano“ seine Ausführungen, würde Frankreich aber verlieren.

Der Fluss, der sich selbst bergauf pumppt

Ein eigenartiges Projekt in den Rocky Mountains

Im Staate Colorado (USA) wird noch in diesem Frühjahr mit dem Bau einer großen Bewässerungsanlage begonnen, bei der sich der kuriose Fall ergibt, daß sich ein Fluss, nämlich der Colorado-Fluß, selbst bergauf pumppt.

Seit 1925 haben die Farmer im Staate Colorado allen Grund, mit der Wetterlage unzufrieden zu sein. Die Niederschläge sind aus vielerlei Gründen erheblich geringer geworden. Nicht weniger als 26 Prozent Regen ist durchschnittlich in den letzten zwölf Jahren zu wenig vom Himmel heruntergekommen. Ganz schlimm war es 1933, 1934, 1935. In diesen Jahren belief sich die fehlende Regenmenge auf 49 Prozent.

Katastrophale Missernten und schlechte Ergebnisse der Viehzucht sind die Folge. Man hat errechnet, daß den Farmer auf diese Weise volle fünf Millionen Dollar Verluste entstanden sind. Das sind immerhin Summen, die großzügige Hilfsmaßnahmen notwendig erscheinen lassen!

Aber wie kann hier geholfen werden? Für eine künstliche Beregnung ist das Gebiet viel zu groß und für eine Veriegelung fehlt das Wasser!

Lange, ergebnislose Konferenzen der verschiedenen, mit dem Entwurf von Plänen beauftragten Fachleute fanden statt. Woher das erforderliche Wasser auf wirtschaftliche Weise hernehmen? Schließlich dürfen doch die Kosten der Heraufförderung des Wassers nicht den zu erwartenden Nutzen übersteigen.

72 Millionen Kilowattstunden Energiegewinnung.

„Warum nicht den Colorado-Fluß heranleiten?“ fragt ein junger Ingenieur im Scherz. Den Colorado-Fluß? Ganz in der Nähe rauscht er mit gewaltigen Wassermengen zu Tal, aber eine hohe Bergkette der Rocky Mountains liegt zwischen ihm und dem ausgedehnten Acker- und Wiesenland!

Im Scherz ist das Wort „Colorado-Fluß“ in die Debatte geworfen worden. Im Ernst nimmt man es auf. Hat man nicht schon ganz andere Berge bewegen, als es galt, für Eisenbahnstrecken einen Weg zu suchen?

„Wir werden den Colorado-Fluß über die Rocky Mountains heben!“ Das ist das Signal für die Ausarbeitung neuer Pläne. Ein guter Vorschlag kommt zum anderen und als die Konferenz nach einigen Monaten wieder zusammentritt, kann ein Projekt vorgelegt werden, in dem das Problem glänzend gelöst ist. Und die Lösung stellt wirtschaftlich keine Belastung dar, sondern im Gegenteil, einen zusätzlichen Gewinn! Man wird die regenarmen Gegenden ausreichend bewässern und darüber hinaus, vollkommen zuflüssig, durch eine Kraftstation 72 Millionen Kilowattstunden erzeugen.

Flusswasser hebt sich 40 Meter steil in die Höhe.

Die Ausführung des Plans, dem keinerlei nennenswerte technische Schwierigkeiten entgegenstehen, wird fünf Jahre in Anspruch nehmen. Die behördlichen Einwilligungen sind erteilt, die Finanzierung ist gesichert. Schon in den nächsten Wochen werden die ersten Arbeiterkolonnen mit dem Werk beginnen.

Zunächst errichtet man einen großen Wasserbehälter am Blauen-Fluß, dessen Wasser einmal die bisher vom Colorado-Fluß versorgten Gebiete speisen soll.

Danach geht man dem Colorado-Fluß zu Leibe. Bei der Stadt Granby wird quer in das Flussbett ein Staudamm gestellt, der eine Länge von 240 Metern und eine Höhe von 70 Metern haben wird. Vor diesem Damm bildet sich dann das Granby-Reservoir. Und dieses Reservoir bildet den Ausgangspunkt des großen Bewässerungsprojekts.

Das aufgestaute Wasser wird von hier aus durch ein großes elektrisches Pumpwerk und mit Hilfe ungeheurer Röhren 40 Meter hochgehoben und ergießt sich in einen gemauerten Kanal von 8 Kilometern Länge, der langsam zu einem zweiten großen Wasserbehälter abfällt. Dieser Wasserbehälter führt den Namen „Großer See“ und liegt immer noch einige Meter über dem Granby-Reservoir, aber weitab vom Colorado-Fluß in einem tief eingeschnittenen Tal der Rocky Mountains. Nachdem nun aber das Wasser einmal die oben angegebenen 40 Meter hinaufgehoben worden ist, hat man ihm auch schon den rechten Weg hinab in das regendürftige Land gewiesen, denn von hier aus braucht man nur noch einen Tunnel durch einen der hohen Berge, und zwar durch den Schatten-Berg, zu bohren.

Ein Tunnel quer durch den Berg.

Dieser Tunnel wird einen Durchmesser von drei Metern haben und eine Länge von 20 Kilometern. Er stellt bei dem heutigen Stand der Technik durchaus keine ungewöhnliche Leistung dar.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bydgoszcz/Bromberg, 28. März.

Veränderlich.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet veränderliche Bewölkung bei milderer Temperatur an.

Sitzung des Grund und Hausbesitzer-Vereins.

Am Freitag fand im großen Saal des Civil-Kinos eine Mitgliederversammlung des Grund- und Hausbesitzer-Vereins statt, die sich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, eines außerordentlich starken Besuchs erfreute. Kurz nach 8 Uhr wurde die Sitzung von dem Vorsitzenden Ing. Schulz eröffnet, der in seiner Begrüßungsansprache der Freude Ausdruck gab, daß der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzer-Vereins in Graudenz, Herr Grams, der Einladung Folge geleistet und zu der Sitzung erschienen war. Architekt Biernacki hielt sodann einen interessanten Vortrag über die neue polnische Bauverordnung unter besonderer Berücksichtigung der für unsere Stadt in Frage kommenden Bestimmungen. Das bereits am 10. November 1928 erlassene neue polnische Baugesetz trat erst am 5. d. M. in Kraft. Die dazwischen liegenden Jahre waren als Übergangszeit gedacht. Das neue Baugesetz verfolgt den Zweck, in Zukunft den Bauten eine präzisere und schönere Gestaltung zu geben. Bemerkenswert in dem neuen Baugesetz ist die Bestimmung, wonach in elf Städten in Polen, darunter auch Bromberg, in Zukunft den Architekten die Erlaubnis zur Ausfertigung von Bauplänen entzogen wird. Baupläne dürfen von jetzt ab nur Bauingenieure ausführen. Von Wichtigkeit für die Hausbesitzer ist auch der Hinweis des Vortragenden darauf, daß an Kellertreppen unbedingt Geländer anzubringen sind, wenn sich die Hausbesitzer vor evtl. Schadensansprüchen im Falle von Unfällen durch Ausgleiten oder Herunterstürzen von der Kellertreppe schützen wollen.

Viel Kopfzerbrechen bereitete den Anwesenden der dritte Punkt der Tagesordnung, und zwar die Entrümpelung der Bodenräume. Die Meinungen, was eigentlich unter der „Entrümpelung der Böden“ zu stehen ist, bzw. welche Gegenstände entfernt werden sollen, sind sehr verschieden. Darüber müßte von Seiten der kompetenten Stellen eine endgültige und klare Aufklärung erfolgen, zumal auch die Ansichten der Blockkommandanten darüber auseinandergehen. So wird z. B. verlangt, daß auch die Bodenkammern, wie Bretterverschläge usw. entfernt werden sollen. Leider war der vom Vorstand zu der Sitzung geladene Herr vom Luftschutzkommando, der über diese Frage nähere Auskunft hätte geben können, nicht erschienen. Der Vorsitzende teilte den Versammelten mit, daß nach seiner persönlichen Rücksprache mit den maßgebenden Stellen eine Entfernung der Bodenkammern nicht in Frage käme, da hierzu keine geschicklichen Unterlagen vorliegen. Die Entrümpelung der Bodenräume kann nur so verstanden werden, daß alle leicht brennbaren Materialien zu entfernen sind. Da aber über diese Frage noch keine völlige Klarheit herrscht und um sich vor Strafe zu schützen, empfiehlt der Vorsitzende trotzdem die Entfernung möglichst sämlicher Gegenstände, also auch Möbel und anderen Hausrat, wenn dieses auch für manche eine gewisse Härte bedeuten mag.

Nach Erschöpfung dieses Punktes der Tagesordnung hielt Magister Weiß ein kurzes Referat über das neue Moratorium für städtische Hypotheken. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Ein Nachmittag bei der Gymnastik-Gruppe Ruth Mohr.

Die Gymnastik-Gruppe Ruth Mohr hatte für Sonntag nachmittag wieder einmal alle Freunde moderner Leibesübungen eingeladen. Diesmal standen die Darbietungen dieser Gruppe unter der Devise „Treibe Gymnastik, somit dienst du deiner Gesundheit!“. Es war ein vielseitiges Programm, das die Gruppe im großen Saal des Restaurant Kleiner einer großen Zuschauerzahl bot. Dieses Programm bewies die Vielseitigkeit der gymnastischen Schulung, die diese Gruppe ihren Teilnehmern vermittelte. Es war gleichzeitig so gestaltet, daß der Zuschauer einen Einblick in die Bestrebungen und Methoden moderner Körperschulung erhält, bei denen jede Bewegung, auch wenn sie nur als Spiel oder Spielerei gewertet wird, einen förmlichen Zweck erfüllt. Die vielseitigen Schulübungen, wie wir sie am Sonntag in der Lauf- und Bewegungsschule, in der Sprunggymnastik und dann in rhythmischen Übungen mit den Handgeräten gesehen haben und schließlich der Tanz, der gleichfalls in diesem Aufbau eine Form der Gymnastik ist, waren ein interessanter Querschnitt durch die Arbeit moderner Körperschulung. Wie diese moderne Körperschulung heute aufgebaut wird, sah man am klarsten bei den elementaren Übungen der Kinder, denen das Spiel unbewußt zur Körperschulung wird. Die Darbietungen der Gruppe fanden einen ungefeilten Beifall. In dem Pianisten L. Preuß hat sich die Gymnastik-Gruppe einen wertvollen Helfer für ihre rhythmischen Übungen gesichert.

§ Bezirksversammlung der Arbeitgeber der „Welage“. Die am Sonnabend von der Welage einberufene Bezirksversammlung der Arbeitgeber der Welage der Kreise Schubin, Wirsitz und Bromberg, die im großen Saal des Zivilkino stattfand, erfreute sich eines sehr starken Besuches. Die Tagesordnung der Sitzung, die vom Vorsitzenden Rittmeister a. D. Falkenthal mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet wurde, enthielt drei Punkte. Rechte und Pflichten aus dem neuen Tarifvertrag, Alters- und Invalidenversicherung sowie Sozialversicherung. Über die ersten beiden Punkte referierte Herr Friderici, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Landwirtschaft in Polen. Geschäftsführer Nyk von der Geschäftsstelle Bromberg sprach über das Sozialversicherungswesen. Der Redner wies darauf hin, daß der neue Tarifvertrag für das Dienstjahr 1928/29, der wie bisher aus 7 Teilen besteht, diesmal auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung ohne Zutun der Behörden am 19. November 1927 abgeschlossen worden ist. Es mußten hierbei allerdings einige Zugeständnisse gemacht werden, die nicht zu vermeiden waren. Löhne und Deputate müssen so verabschiedet werden, wie der Vertrag sie vorsieht. Bedingt mit Invaliden und Rentenempfängern, sowie mit nicht

normal leistungsfähigen können individuelle Vereinbarungen abgeschlossen werden. Die einzelnen Artikel des Vertrages wurden dann von dem Referenten genau erläutert.

§ Der bienenwirtschaftliche Verein hielt am 20. d. M. in der Johannisschule bei zahlreichem Besuch seine Monatsversammlung ab. Nach Verlesung des Protolls berichtete der Präses über die am 20. Februar d. J. in Posen abgehaltene Generalversammlung des Hauptvorstandes; sodann referierte er über Frühjahrserbeiten auf dem Bienenvorstand. Bienenzucker wird erst im zeitigen Herbst bestellt; sodann erhielten die Herren Borkowski und Kośmider Diplome als Anerkennung für unentgeltlich geleistete Arbeiten bei Herstellung einer Bienenschau.

§ Selbstmord aus Not. Am Sonnabend vormittag ereignete sich in Bromberg ein jener stillen Tragödie, die ein Beweis für die in manchen Kreisen herrschende furchtbare Not ist. Der 45jährige Arbeiter Franz Lenz, Dorfstraße (Thornerstraße) 75, schickte seine Kinder, während sich die Frau zum Wochenmarkt begab, auf die Straße zum Spielen. Als die Kinder nach einer Zeit in die Wohnung zurückkehrten wollten, fanden sie die Wohnungstür verschlossen. Sie mußten warten, bis die Mutter vom Wochenmarkt heimkehrte. Aber auch sie konnte die Tür nicht öffnen. In der Vorahnung, daß sich etwas Furchtbares ereignet hat, rief die Frau Nachbarnleute zu Hilfe. Als man die Tür gewaltsam geöffnet hatte, bot sich den Einbrechenden ein entsetzliches Bild. Lenz lag auf dem Bett in einer Blutlache. Er hatte sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Der sofort herbeigerushene Wagen der Rettungsbereitschaft brachte den Unglüdlichen in das Städtische Krankenhaus. Es besteht jedoch kaum eine Hoffnung, daß Lenz am Leben erhalten werden kann. Die Ursache dieser furchtbaren Tat ist auf eine jahrelange Not der Familie zurückzuführen. L. bemühte sich seit langer Zeit vergeblich, Arbeit zu finden. Die schlechte Ernährung hatte Krankheiten in der Familie zur Folge, die den bedeuend werten Familienvater wahrscheinlich zu dieser Verzweiflungstat getrieben haben. L. hinterläßt eine Frau und fünf unverheiratete Kinder im Alter von 2 bis 13 Jahren.

§ Austausch der Kontrollkarten für die mechanischen Fahrzeuge. Von der Stadtverwaltung werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Besitzer mechanischer Fahrzeuge, deren Standort sich auf dem Gebiet der Stadt Bromberg befindet, bis zum 31. März d. J. den Umtausch der Kontrollkarten für das Budgetjahr 1928/29 durchgeführt haben müssen. Der Umtausch hat im Gebäude Grodzka (Burgstraße) 25, Zimmer 10, zu erfolgen. Dabei müssen der Registrierausweis und die bisherige Kontrollkarte vorgelegt werden. Die Gebühren für den Staatlichen Verbausonds für die Zeit vom 1. April 1928 wie auch die Rückstände müssen nach Erhalt der Kontrollkarte auf das Konto PKD 182 800 Urząd Wojewódzki Pomorski gezahlt werden. Alle Rückstände aus den früheren Budgetabschnitten müssen jedoch bis zum 1. April 1928 auf das Konto PKD 183 500 Urząd Wojewódzki Poznański erfolgen. Fahrer, die die Gebühren für das ganze Jahr sofort entrichten, genießen einen 10prozentigen Nachlaß von der Jahressumme. In solchem Falle muß spätestens bis zum 1. April die gesamte Jahresgebühr nach Abzug der 10 Prozent auf das Konto PKD 182 800 erfolgen und die Bescheinigung der Einzahlung bei dem Einzugsstermin vorgelegt werden.

§ Aufgeklärter Einbruchsdiebstahl. Vor wenigen Tagen wurde bekanntlich ein Einbruch in das Offiziers-Kasino in der Gdańsk (Danzigerstraße) verübt. Diese hatten ein Fenster erbrochen und dabei einen Radio-Apparat, Spirituosen und Tabakwaren erbeutet. Die unermüdlichen Nachforschungen der Kriminalpolizei führte nunmehr zur Entdeckung der Einbrecher und Helfer, deren Namen restlos festgestellt wurden. Der größte Teil der Beute u. a. auch der Radio-Apparat, konnte den Dieben wieder abgenommen werden.

§ Eine Diebesbande unschädlich gemacht. Am Sonnabend nachmittag konnten vier Personen verhaftet werden und zwar Janina Filipińska, Władysława Bibbo, Maria Staniszewska (ohne ständigen Wohnort) und Anna Kołodziejska. Die vier Frauen bildeten eine Diebesbande, die systematisch die Geschäfte heimsuchte. Neben Ladendiebstahl betrieben diese vier Frauen auch Taschendiebstähle. Auf das Konto dieser Bande sind viele Diebstähle der letzten Zeit in Bromberg zu buchen. Die Verhafteten wurden in das Gerichtsgefängnis in Bromberg eingeliefert.

§ Handwagen – beliebtes Diebesgut. Bisher unbekannte Diebe stahlen vom Hof des Hauses Sniadecki (Elisabethstraße) 29 zum Schaden des dort wohnhaften Franciszek Drożdż einen zweitürigen Handwagen und flüchtete unbemerkt.

§ Ein Fahrrad unterschlagen hatte der 25jährige, in Schulz wohnhafte Arbeiter Waclaw Swiercynski. S. hatte sich von dem Arbeiter Antoni Piechowia einen Fahrrad geliehen, das er später für 45 Złoty verkaufte. S. hatte sich jetzt deswegen vor dem Burggericht zu verantworten. Der Angeklagte, der sich zur Schuld bekannte, wurde vom Gericht zu drei Monaten Arrest verurteilt.

§ Ihren Arbeitgeber bestohlen hatten der 31jährige Fleischergeselle Walenty Piotrowski und der 21jährige Fleischerlehrling Zygmunt Richter. Die beiden waren bei dem Fleischermeister Waclaw Chudy beschäftigt und hatten sich systematisch Wurst- und Fleischwaren angeeignet. Das Burggericht, vor dem sie sich jetzt zu verantworten hatten, verurteilte die beiden Angeklagten, die sich zur Schuld bekennen, zu je sechs Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschluß.

§ Einen Betrag von 30 Złoty entwendet hatte aus der Ladenkasse des Kolonialwarengeschäfts von Ernst Biemke in Hopsengarten (Brzoza) die 17jährige Irene Hagensee. Die H. hatte sich wegen dieses Diebstahls vor Gericht zu verantworten. Das Gericht verurteilte die Angeklagte, die bereits zwei Mal vorbestraft ist, zu drei Monaten Arrest.

§ Wegen systematischen Diebstahls hatte sich vor dem hiesigen Burggericht der 34jährige Arbeiter Bernhard Tafinski zu verantworten. Der Helferei mitangeklagt ist der Arbeiter Franciszek Tutlewski. Tafinski war in den Mühlenwerken Przechomie beschäftigt und hatte systematisch Mehl, Schrot und Gemenge entwendet. Die Beute nahm ihm Tutlewski ab. Das Gericht verurteilte den Tafinski zu sechs Monaten Gefängnis, den Tutlewski zu 100 Złoty Geldstrafe und zu einem Monat Arrest.

§ Wegen Diebstahls hatte sich vor dem hiesigen Burggericht das 34jährige Dienstmädchen Franciszka Katarzyna zu verantworten. Die Angeklagte war vor einigen Tagen aus Thorn nach Bromberg gefommen und hatte hier in dem Frauenasyl übernachtet. Am nächsten Morgen bemerkte die sich dort gleichfalls aufhaltende Praxseda Ernest, daß ihr vier Zeugnisse und ein Meldeschein verschwunden waren. Der Verdacht lenkte sich sofort auf die Katarzyna, da diese

gleich am nächsten Tag das Asyl verlassen hatte. Die C. erstattete sofort der Polizei Anzeige, die die K. auf dem hiesigen Bahnhof festnahm. Es stellte sich heraus, daß die K. bereits vier Mal vorbestraft war, in Thorn unter Polizeiaufsicht stand und von dort nach Bromberg geflohen war. Die Zeugnisse und den Meldeschein, die sie der C. stahl, wollte sie dazu benutzen, um sich unter falschem Namen auszugeben. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis.

§ Wegen Dokumentensäufbung hatte sich der in Labischin wohnhafte 50jährige Arbeiter Jan Banaszak vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte hatte eine Frau Bronisława Jurek dazu bewogen, als Mitglied einem privaten Invalidenverband beizutreten, wobei er ihr eine Mitgliedskarte besorgte, für die er sich 35 Złoty bezahlen ließ. Es stellte sich jedoch heraus, daß B. für diesen Zweck eine alte Mitgliedskarte gefälscht hatte. Der Angeklagte bekannte sich vor Gericht nur zu der Fälschung der Mitgliedskarte, bestreitet dagegen, von der J. Geld hierfür gefordert zu haben. B. wurde zu 7 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschluß verurteilt.

Bvereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Montag, den 28., um 20^{1/2} Uhr, im Zivilkino, Klavierkonzert Edith Picht-Arenfeld. Im Programm: Beethoven: Baldsteinkonzert; Schumann: Karneval; Chopin: Sonate b-moll, op. 25 und anderes. 2982

Warum nur?

Das bereits über 50 Jahre bestehende Gasthaus Bienklik in Dobrz Kreis Bromberg, ist durch den Tod des Besitzers in Nacht von Herrn Willy Mönnich übergegangen. Dem Pächter wurde der Konsens zum Verkauf von alkoholischen Getränken nicht mehr erteilt, ebenso wurde ihm die Erlaubnis zum Verkauf von Tabakwaren entzogen.

§ Hopsengarten (Brzoza), 27. März. Dem Altstädter August Wollschläger aus Panoniemo stahlen Diebe in einer der letzten Nächte die letzten drei Hühner. Ferner erbrachen Diebe bei dem Pächter Smarz in Wolownica den Geflügelstall; sie wurden jedoch verjagt und konnten nur drei Hühner mitnehmen.

§ In Nowrock, 25. März. Vor zwei Spenden sammeln, die bei Kaufleuten angeblich zum Kampf gegen die Juden Beiträge zu erhalten versuchen, wird gewarnt, da die Gauner einzige und allein nur in die eigene Tasche sammeln.

Als der Hausbesitzer M. Dąbrowski in der Pakoschstraße gegen 10 Uhr abends eine verdächtige Person bemerkte, die durch das Fenster in die Küche stieg, ging er nach, wo er einen jungen Kerl antraf. Der überraschte Einbrecher wollte die Flucht ergreifen, wurde aber mit Hilfe einiger Einwohner festgenommen und der Polizei übergeben.

In Güldenhof (Biłgorzki-Straße) entfernte sich am Montag, dem 21. d. M., früh 7.20 Uhr, das 11jährige Mädchen des Br. Ziolkowsky aus Nowrock, um ihre hier ul. Walowa 43 wohnenden Eltern zu besuchen. Das Kind ist aber bis jetzt hier nicht eingetroffen. Wer über den Verbleib des Mädchens etwas weiß, sollte hier von der Polizei Mitteilung machen.

§ In Nowrock, 26. März. Wieder machte ein Falschspieler auf dem letzten Wochenmarkt gute Geschäfte, indem er einem Kutscher aus Rabin in ganz kurzer Zeit 20 Złoty abgaunerte.

Die kleinen baufälligen Häuser am Platz Klasztorny wurden auf Anordnung der Baupolizei niedrigeren, so daß jetzt die ganze Plätzegegend einen weit besseren Eindruck gewonnen hat.

Der Bienenzüchterverein Nowawies und Umgegend hielt seine Jahresversammlung im Gasthause ab. Vorsitzender Landwirt Sauer hielt einen Vortrag, der mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde und eine anregende Aussprache anlöste.

Als der Arbeiter Bronisław Zielinski in Szadlowies mit seinem Pferde, auf dem er ritt, die Chaussee überqueren wollte, wurde er von einem Kraftwagen angefahren, vom Pferd herabgeschleudert und weit mitgeschleift. Schwer verletzt und in hoffnungslosem Zustand brachte man ihn ins hiesige Krankenhaus.

§ In Posen (Poznań), 26. März. Der Preis für ein Zweifund-Roggengroß ist vom kommissarischen Stadtpresidenten Ruge mit dem heutigen Tage von 32 Groschen auf 30 Groschen herabgesetzt worden.

Die zweijährige Barbara Bajerowicz war in der elterlichen Wohnung an eine mit Jod gefüllte Flasche geraten und starb daran. Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

§ Pakosch (Pakosć), 26. März. In einer der letzten Nächte erbrachen Diebe den Schweinstall des Besitzers Herbert Winkler in Wielowiec, schlachteten ein drei Zentner schweres Schwein und verschwanden mit der Beute in unbekannter Richtung.

§ Wollstein (Wolsztyn), 25. März. Schuleinschreibungen! Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß Schuleinschreibungen für das Schuljahr 1928/29 im Schulbezirk der öffentlichen Schule in Wollstein in der Zeit vom 28.–30. März stattfinden. — Aus der Meldung ist nicht ersichtlich, ob dieser Termin auch für alle übrigen Schulen im Kreise Wollstein verbindlich ist. Wer ein Kind anmelden hat, tut gut, sich sofort beim Leiter der zuständigen Staatschule nach dem Einschreibetermin zu erkundigen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 28. März 1928.

Krakau – 2,19 (+ 2,30). Jawischow + 2,02 (+ 2,12). Warichau + 1,77 (+ 1,86). Bielot + 1,74 (+ 1,78). Thorn + 2,13 (+ 2,18). Jordan + 2,12 (+ 2,18). Culm + 2,02 (+ 2,06). Graudenz + 2,21 (+ 2,24). Kurzebrad + 2,37 (+ 2,41). Biedel + 1,88 + 1,89. Dirichau + 1,99 (+ 1,99). Einlage + 2,78 (+ 2,68). Schleidenhorst + 2,94 (+ 2,80). (In Klammern die Meldung des Vortages).

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land u. den übrigen Bereich: Marian Heuke; für Angelegenheiten und Reklame: Edmund Prangoda; Druck und Verlag von A. Dittmann & o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Statt besonderer Anzeige.

Sonnabend, den 26. März, um 1 Uhr nachts, ist mein einziger, teurer, innig geliebter Bruder

Linus Hoppe

pension. Vizepräsident des Landgerichts Gniezno
zuletzt Rechtsanwalt in Mogilno

nach kurzem schweren Leiden im Alter von 58 Jahren in Gott entschlafen.

In tiefer Trauer
Hedwig Hoppe.

Mogilno, den 26. März 1938.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 29. d. M., um 10 Uhr vormittag, in Gniezno nach vorangegangener Trauerfeier in der Kapelle des St. Kreuz-Friedhofes von dort aus statt.

Statt besonderer Anzeige.

Am 26. März, abends 9 Uhr, entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden meine herzensgute Mutter, unsere liebe Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Maria Marquardt

im Alter von 77 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Erna Beyer
geb. Marquardt.

Palsch, den 28. März 1938.

Trauerfeier in Palsch am 30. März, vormittags 9 Uhr, anschließend Überführung. Die Beisetzung findet in Zulawka am Mittwoch, dem 30. März nachm. 3 Uhr von der Kirche aus statt.

Freitag abend 7 Uhr verschied sanft meine liebe gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Therese Hansel

geb. Neishaus

im Alter von 64 Jahren.

Dieses zeigt tiefbetrübt an
Kurt Hansel.

Wielki Konopat, den 25. März 1938.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. d. M., um 2 Uhr nachmittags, vom Trauerhaus aus statt.

Vorschriftsmäßige

Miets-Quittungsbücher

z 1.25

Versand nach außerhalb
gegen Einsendg. von z 1.50

A. Dittmann, T. z. Bydgoszcz
Marszałka Focha 6.



Die Schränke auf!
Mustern Sie Ihre
Garderobe!

Sämtliche abgetragene
und unansehnliche Garde-
robe färbt oder reinigt
chemisch

Spät. Heirat

in Briefwechsel treten.
Offeraten unter E 1175

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Gebild., Christl., gefürst.
Herr, 35 J. alt, ev., gute
Erscheinung, vermögl.,
führt eigenes Geschäft
u. sucht eindrucksvolle häusliche

Għelameradın

Bildoff. m. Angabe d.
Famil.- u. Vermögens-
verhältnis unt. E 1216

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Gebild., selbst. Kaufm.,
evgl. (Großstadt), stattl.,
Erscheinung, licht ver-
mögende Dame, nicht
über 45 Jahren, zwecks

baldiger Ehe

fennen zu lernen. Illus-
tchrift. Zeitschrif. mögl.
mit Bild unter E 1217

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Herr Mayer, Kartuza,
Hurt piva, Klaistornia.

Bydgoszcz | Bromberg, Dienstag, 29. März 1938.

Pommerellen.

28. März.

Der Zuständigkeitsbereich des Appellationsgerichts Thorn.

Wie wir bereits berichtet haben, ist durch Senatsbeschluss vom 28. März d. J. die Frage der Bildung des Appellationsgerichts in Thorn endgültig entschieden worden. Nach der Einverleibung der nördlichen Kreise der Wojewodschaft Posen und der westlichen Kreise der Warschauer Wojewodschaft zur Wojewodschaft Pommerellen wird sich der Zuständigkeitsbereich des künftigen Appellationsgerichts Thorn auf das ganze Gebiet Gr. Pommerellen erstrecken. Dem Thorner Appellationsgericht werden 7 Bezirksgerichte und 46 Burggerichte zugeteilt werden. Aus dem Bereich des früheren Posener Appellationsgerichts werden ein Bezirksgericht (Bromberg) sowie zehn Burggerichte (Nowy Dwór, Lublin, Ełk, Wyszków, Margonin, Nakło, Czernica, Łobżenica, Bromberg und Schubin) herausgenommen. Dagegen kommt aus dem Bereich des Warschauer Appellationsgerichts außer dem Bezirk von Błocławek das Gebiet des Burggerichts in Ryki hinzu. Personell wird sich das Thorner Appellationsgericht zusammensetzen aus: einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, 15 Richtern sowie aus mehr als 80 Beamten und Gerichtsdienstern. Die Staatsanwaltschaft werden bilden: der Chef der Prokurator, drei Vizeprokuratoren, sowie einige Beamten.

In der nächsten Zeit wird in Thorn mit dem Bau eines Gebäudes für das Appellationsgericht begonnen werden. Es wird seinen Platz in einem repräsentativen Stadtteil erhalten und soll nach den neuesten Errungenschaften der Technik gebaut werden. Die Baukosten sind mit etwa einer Million Złoty veranschlagt. Mit der Fertigstellung des Baues wird im Herbst dieses Jahres gerechnet. Wie der „Kurier Poznański“ berichtet, bemüht sich die Thorner Stadtverwaltung um eine frühere Eröffnung des Appellationsgerichts und bietet zu diesem Zweck für seine vorläufige Unterbringung ein Privatgebäude an. Es wird auch in Erwägung gezogen, das Appellationsgericht an seinem früheren Sitz unterzubringen, der augenblicklich von dem Burggericht und vom Verwaltungsgericht der Wojewodschaft eingenommen wird.

Frühjahrssaat hilfe für Pommerellen

Der Landwirtschaftsminister hat der Wojewodschaft Pommerellen einen Kredit zur Beschaffung von Frühjahrsfuttergut in Höhe von 110 000 Złoty in Form von unverzinslichen Darlehen zuerkannt. Diese Darlehen können im Fall der Unmöglichkeit der Zurückzahlung durch Beteiligung an öffentlichen Arbeiten abgearbeitet werden. Die Hilfe wird in Gestalt von Naturalkräften den bedürftigsten Landwirten in elf Kreisen erzielt.

Ferner sind der Wojewodschaft Pommerellen ein erleichterter Kredit zum Ankauf von Saatgut und Futtermitteln im Betrag von 300 000 Złoty gewährt worden. Die Ausgabe dieser Darlehen erfolgt durch die Filialen der Staatlichen Agrarbank (Państwowy Bank Rolny) in Graudenz und Gdingen im eigenen Bezirk, sowie durch Vermittlung der Kommunalsparkassen usw. Ferner erhielten die Kreise Berent und Stargard erleichterte Kredite von je 100 000 Złoty zur Saathilfe in natura. Die Verzinsung beträgt in diesem Fall 4 Prozent. Insgesamt betragen somit die der pommerellischen Landwirtschaft bewilligten Frühjahrsfakten 610 000 Złoty.

Graudenz (Grudziądz).

→ Zurückverlegung der 1. Kommissariats der Staatspolizei. Am Montag erfolgte die Zurückverlegung des I. Polizeikommissariats von der Mühlstraße (Młyńska), wohin es vor einigen Monaten umgezogen war, nach dem Haus Kirchenstraße (Kościelna) 18. Diese Wiederunterbringung der Polizei nach dem Mittelpunkt der Stadt, kann man nur begrüßen.

→ Ungetreuer Postagentur-Berwarter. Unter der Anklage der Unterforschung stand vor dem hiesigen Bezirksgericht der frühere Berwarter der Postagentur in Bianno (Uniano), Kr. Schneid., Jan Fit. Laut Anklageakt hat er in der Zeit vom 1. April bis zum 1. November 1936 sich in sechs Fällen einen Betrag von 1270 Złoty, den er von der Postfachbeamten Frau Nitkowsky einkassierte, angeeignet. Ferner wurde ihm zum Vorwurf gemacht, einer Summe von 238,30 Złoty, die er von Radioabonnenten vereinbart hatte als monatliche Gebühren, veruntreut zu haben. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Beschuldigten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten mit zweijähriger Bewährungsfrist, sowie zur Aberkennung der öffentlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren.

→ Sehr aufgeregte und ungebärdig benahm sich vor einiger Zeit Stefan Olszewski im hiesigen Rathause. Er kam dorthin, um den Abteilungsvorsteher Zieliński zu sprechen. Dessen Anweisung gemäß wurde er von dem Boten Józef Czarnecki in die Kanzlei gewiesen. Das ärgerte Olszewski. Er stürzte sich auf Czarnecki, schlug ihn mehrmals ins Gesicht und riss ihm auch ein Büschel Haare aus. Die Polizei musste einschreiten und dem unangenehmen Vorfall ein Ende machen. Wegen seiner Ausschreitung musste sich Olszewski jetzt dem Bezirksgericht stellen. Er entschuldigte sein hässliches Verhalten damit, daß ihn Czarnecki nicht zum Abteilungsvorsteher habe gehen lassen wollen, und daß er von Cz. zuerst geschlagen worden sei. Auf Grund des Ganges der Verhandlung erlangte das Gericht die Überzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurteilte ihn zu einem halben Jahr Gefängnis mit zweijähriger bedingter Strafaussetzung. Olszewski ist übrigens schon einmal wegen Widerstandes gegen die Staatsanwaltschaft vorbestraft.

→ „Die Leibhusar“ nennt sich der zur Zeit im Kino „Gryf“ laufende deutschsprachige Tonfilm. Ausgesuchte Darsteller sorgen für die Güte des Films; u. a. Magda Schneider, Paul Klemm, P. Jawor usw. Das Programm ist sehr lehrreich.

→ Eine Zweigstelle des Thorner Senders in Graudenz. Von hiesigen polnischen Gesangvereinen wurde vor einiger Zeit an die Direktion des Thorner Senders die Bitte gerichtet, in unserer Stadt eine Unterradiostation einzurichten. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat die Leitung der Thorner Sendestation dem Wunsch entsprochen. In den nächsten Wochen sollen bereits die Arbeiten zur Anlage der erwähnten Einrichtung begonnen werden.

→ Ein erheblicher Unfall stieß dem Malermeister Ludwig Müller, Schützenstraße (Marz, Tsch.) 16, zu. Auf einer Radfahrt von seiner Wohnung zu einer Arbeitsstelle kamen in der Rehdenerstraße (Gen. Hallera) hinter ihm zwei Autos. Dem ersten Auto ausbiegend, wollte M. in die Gościerstraße (Staszica) fahren und befand sich bereits auf der Straßenmitte. Da wurde er von dem zweiten hinterher kommenden Auto (Chauffeur Leon Grochowski-Posen) angefahren und vom Fahrrad geschleudert, wobei M. ernsthafte Verletzungen (einen Bruch mehrerer Rippen sowie leichtere Abschürfungen an Kopf und rechtem Arm) erlitt. Der Chauffeur dieses Autos führte mit Hilfe eines anderen Mannes den Verunglückten in seine Wohnung, wo er ärztlich behandelt wird. Von dem Vorfall machte der Chauffeur des betreffenden Kraftwagens der Polizei Anzeige.

→ Der Sonnabend-Wochenmarkt wies eine gute Zusatzauf. Der Verkehr war recht lebhaft, der Verkauf jedoch hätte noch besser sein können. Man zahlte für Butter 1,40 bis 1,50, Molkereibutter 1,85–1,90, Eier 0,80–0,90, Weißfäle 0,10–0,60; Apfel 0,35–0,60, Salat Kopf 0,15–0,25, Radieschen 0,12–0,15, Rhabarber 0,25–0,30, Spinat 0,20 und 0,70–0,80, Schnittlauch 0,05–0,20, Weißkohl 0,07–0,10, Rotkohl 0,15, Mohrrüben 0,10–0,15, Brüken, Rote Rüben 0,10, Grünezeug 0,05–0,10, Erbsen 0,20–0,25, weiße Bohnen 0,20 bis 0,25, Kartoffeln Bentner 2,50–3,00, Pfund 0,03–0,04; Hühner 2,00–4,00, Puten 5,00–6,00, Tauben Paar 0,80; Silberlachs 1,60, Bander 1,80, Mala 1,50, Hähne 0,70–0,90, Schleie 0,80–0,90, Bresen 0,50–0,70, Plötz 0,20–0,25; Blumen in Töpfen: Rosen 2,50–3,00, Österliken 1,00–1,50, Hortensien 1,00 und mehr, Veilchensträuschen 0,10–0,15, Goldlack 0,15–0,20, Vergissmeinnicht 0,20–0,25, Östergrün und Palmätzchen 0,05–0,10, Anemonen und Leberblümchen 0,05–0,10 Złoty.

Thorn (Toruń).

→ Der Wasserstand der Weichsel betrug Sonnabend früh an der Thorner Pegelstation fast unverändert 2,18 Meter über Normal. Die Wassermenge ist auf fast 9 Grad Celsius angestiegen. → Schlepper „Pomorzanin“ domptete mit drei mit Zucker beladenen Kähnen nach Warschau ab. Aus Bobrownice traf ein mit Steinen beladener Kahn im Weichelseehafen ein. Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Pospieszny“ bzw. „Saturn“, in entgegengesetzter Richtung „Niedzia Ordona“ bzw. „Fredro“.

→ Die Handwerkskammer in Thorn hat zum Vorsitzenden der Prüfungskommission für die Uhrmachergesellen Tomasz Pawlik von hier, ul. Mickiewicza (Mickiewiczstraße) Nr. 86, ernannt. Sein Stellvertreter ist Nikodem Nowicki aus Culmsee. Beifür sind die Uhrmachermeister Kazimierz Bibik und Edmund Leweglowski aus Thorn.

→ Der Coppernicks-Verein hatte am Mittwoch, dem 28. März d. J., zu einem Vortrag des Professors La Baume-Danzig ins Deutsche Heim eingeladen. Das Thema lautete: „Die vorgeschichtliche Landwirtschaft“. Der Vorsitzende, Pfarrer Den, begrüßte zunächst die Besucherinnen und erzielte darauf dem Vortragenden das Wort. Über den Vortrag selbst haben wir vor einigen Tagen bereits anlässlich der Generalversammlung des Graudener Büchervereins referiert. Auch hier in Thorn fand Professor La Baume eine interessante und dankbare Zuhörerschaft. Pfarrer Den dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen.

→ Schrebergärten für die schulentlassene Jugend. Dank der Initiative des Pommereller Vereins der Schrebergartenbesitzer und des Arbeitsfondus sind augenblicklich

im Botanischen Garten auf der Bromberger Vorstadt und zwar in dem an die Fischerei angrenzenden Teil Schrebergärten für arbeitslose und teilweise beschäftigte Jugendliche im Entstehen begriffen. Das Terrain hierfür hat die Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt. Diese Aktion erstreckt sich zunächst einmal auf die männliche Jugend im Alter von 14–18 Jahren, der hierdurch Gelegenheit zu einer gesunden und nützlichen Beschäftigung gegeben wird. Später soll dann noch an die Anlage eines zweiten Schrebergartens für die weibliche Jugend herangetreten werden.

Dirschau (Tczew)

→ Vier Bentner Hesse über die Grenze bei Hohenstein, Freistaat Danzig, schmuggelte der Berufsschmuggler Antoni Baromba aus Long-Konitz. Baromba nutzte den Preisunterschied der Hesse im Freistaat Danzig und hier aus und betrieb einen schwungvollen Hefehandel. Der illegale Grenzgänger hatte sich jetzt vor dem Richter zu verantworten und erhielt für seine Schmuggelei zwei Monate Arrest ohne Bewährungsfrist, sowie eine Buschstrafe von 132 Złoty oder 7 Tage weiteren Arrest.

→ Culmsee (Chelmża), 26. März. Die Stadtverwaltung Culmsee (Bauabteilung) hat eine öffentliche Ausschreibung für die Lieferung einer unbegrenzten Menge von Pflastersteinen erster Klasse sowie von Weichelschiefer erlassen. Offerten sind bis zum 1. April, 18 Uhr, einzureichen. Nähere Auskünfte erteilt die Bauabteilung während der Amtsstunden. Die Stadtverwaltung behält sich freie Auswahl unter den Offerten vor.

→ Gdingen (Gdynia), 26. März. Sie begannen sich gegenseitig. Ein Dampfer traf in dem Gdingener Hafen mit einer Ladung von 82 000 Kisten Apfelsinen aus Palästina ein. Da die Früchte in verdorbenem Zustand ankamen, weigerten sich die Empfänger, ein jüdisches Konsortium aus Warschau, die Sendung anzunehmen. Den jüdischen Lieferanten in Palästina ist telegraphisch hiervon Mitteilung gemacht worden. Man nimmt an, daß die ganze Sendung vernichtet werden wird.

→ Die Schuhmacher Konstantin und Josef Grzyński hatten ihre Baracke, in der sie eine Werkstatt eingerichtet hatten, gegen Brandbeschädigung mit 4700 Złoty versichert. In einer Nacht brach auf ganz unerklärliche Art Feuer aus, wodurch die Baracke mit Inhalt ein Raub der Flammen wurde. Da die Feuerwehr aber annahm, daß Brandstiftung vorliege, nahm die Polizei Ermittlungen auf und konnte feststellen, daß die Baracke vermittelst einer Spiritusmaschine in Brand gesteckt war. Den Inhabern, die einen großen Auftrag von der Winterhilfe erhalten hatten, wobei sie bis 15 Arbeiter beschäftigten, war der Verdacht zu gering um schnell reich zu werden. Sie fanden daher auf die Idee, die Baracke anzuzünden, um die versicherte Summe ausgezahlt zu erhalten. Josef Grzyński, als der Urheber des Brandes, wurde von dem Kreisgericht zu drei Jahren Gefängnis und 500 Złoty Geldstrafe, sowie drei Jahre Elterverlust verurteilt. Sein Bruder Konstantin erhielt wegen Beihilfe zehn Monate Gefängnis.

→ Tuchel (Tuchola), 25. März. Der deutsche Frauenverein hielt eine stark besuchte Generalversammlung ab. Erschienen hierzu war auch die Verbandsvorstehende der deutschen Frauenvereine Pommerellens, Frau Toni Preuß aus Dirschau. Die Vorsitzende, Frau Gutsbesitzer Wittenberg-Kelzin, gab zunächst eine Übersicht über die Vereinsarbeit. Der Schriftführer W. Möller gab über den Vermögensstand Auskunft. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Sodann wurde der alte Vorstand wieder gewählt. Frau Wittenberg sen. wurde in Anbetracht ihres langjährigen Wirkens als Vorsitzende zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Hierauf sprach die Verbandsvorstehende dem Verein ihren ganz besonderen Dank aus und lud zur Teilnahme am Verbandstag nach Dirschau ein.

Graudenz.

Zu Ostern ein Buch!

Das Jugendbuch.

Das neue Buch.

Das gute billige Buch.

Ich bitte die Schauspieler-Sonder-Ausstellung zu beachten!

Arnold Kriedte
Grudziądz, ul. Mickiewicza 10.Deutsche Bücherei
Grudziądz

Sonntag, 3. April 1938

um 15.30 Uhr:

Zum ersten Male!

Im Rebeloch

rumort's.

Ein Lustspiel v. Domhoff

Mein bestiegene Führtes
Blumen-Geschäftmit großem Kundentra-
f ist fortgeschritten. Sofort
an Kurzentrichloß. Räum-
abzugebenFrieda Haedele,
Grudziądz,
ul. Wiblickiego 37.

Thorn.

Verein der Kunstsfreunde L. J.

Dienstag, 29. März, 20 Uhr, im Deutschen Heim:

Klavierkonzert

Edith Picht - Axenfeld

(Chopin - Preissträgerin 1937)

Beethoven - Schumann - Chopin.

Eintrittskarten von 21.00 bis 2.00. Schüler-

karten 21.50 bei Justus Wallis, Ruf 1469. 2725

Tippiche und Löufer

Große Auswahl! - Billig!

W. Grunert, Toruń, Saerota 32

Tel. 1990 2478

ZUM OSTERKUCHEN

Backin',
Backöle,
Vanillin-
Zucker vonD. OETKER
Verlangen Sie OETKER Osterprospekt

Das unübertroffene Backbuch "Backen macht Freude" der Firma Dr. A. Oetker ist in allen Kolonialwarengeschäften und Buchhandlungen erhältlich.

Ermäßiger Preis 30 Groschen.

2776

Die Königsberger Führer-Rede.

Adolf Hitler beginnt seine Werbesfahrt für die Großdeutsche Volksabstimmung in Ostpreußen.

Am Freitag, dem 25. März, hat der Führer des Großdeutschen Reiches seine Werbesfahrt für das von ihm am 10. April geforderte Bekenntnis im Nordosten seines Landes, in der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg begonnen. Im neu gewonnenen Südpolen wird die Triumphreise mit einem letzten Appell enden. Inzwischen wird das Flugzeug des Führer in alle Himmelsrichtungen Großdeutschlands tragen. Am Sonnabend Leipzig, am Montag Berlin, am Mittwoch Köln am Rhein, zuletzt Graz und Wien!

Der wesentlichen Teil der Königsberger Rede geben wir nachstehend im Wortlaut wieder. Diese Rede ist eine der gewaltigsten, die je in deutscher Sprache gehalten wurden. Es gehört zu dem Geheimnis dieser begnadeten Persönlichkeit, daß sie sich in ihren Leistungen und ihren Wörtern, deren Zungen und Hörer die Welt und das deutsche Volk nun schon seit Jahren gewesen ist, immer noch selbst zu übersteigen vermag.

Adolf Hitler führte in seiner Königsberger Rede u. a. folgendes aus:

Lieber Not leiden

als das Volkstum verlassen.

Wir kennen heute ein Gemeinschaftsgesühl, das weit stärker ist als dies politische oder wirtschaftliche Interessen je begründen können. Es ist das Gefühl einer Gemeinschaft, die blutsmäßig bedingt ist. Der Mensch kann und will sich heute nicht mehr entfernen von seinem Volkstum, er hängt mit zäher Liebe an ihm. Selbst schwerste Not nimmt er lieber in Kauf, er erträgt Elend, aber er will bei seinem Volke sein! (Stürmische Kundgebungen der Zustimmung und Ergriffenheit.)

Millionen Menschen sind bereit, wirtschaftliche Entbehrungen auf sich zu nehmen in dem Bewußtsein, daß sie diese Entbehrungen im Kreis des eigenen Volkstums erdulden. Ja, es gibt Millionen, die würden nicht bereit sein, ihr Volkstum zu verlassen, selbst wenn man ihnen dafür wirtschaftliche Güter in jedem Ausmaß versprechen wollte. Sie verzichten darauf! Sie leiden lieber jede Not und jedes Elend gemeinsam mit ihrem Volkstum. (Erneute gewaltige Kundgebungen.)

Es gibt nichts, was sie so sehr über Nutzen und Gewinn erheben könnte, als diese edelste Empfindung und Ge- fünnung.

Blut bindet fester als Geschäfte!

(Tosender, lang anhaltender Beifall.) Wenn aber ein Volk außerdem noch von wirtschaftlicher Not gequält wird und nebenan die Blüte des eigenen Volkstums in einem großen Reich sieht und miterlebt, dann soll sich niemand wundern, wenn die schlußigen Blüte über die Grenze immer stärker werden und der Wunsch immer größer wird, eines Tages sich mit dem großen artigen Volk zu vereinen! (Bravende Heilsrufe donnern durch die riesige Halle.)

Der stärkste Ausdruck dieses Wunsches wurde in der nationalsozialistischen Bewegung, in der nationalsozialistischen Idee gefunden! Diese nationalsozialistische Idee geht weit über die Grenzen eines kleinen Deutschlands hinaus. Gewiß, wir wollen keine Proselyten in fremden Völkern machen. Aber niemand kann verhindern, daß die nationalsozialistische Lehre politisches Glaubensbekenntnis aller Deutschen wird! (Minutenlanger jubelnder Beifall der Massen.)

Je trauriger das Leben sich nun für Menschen in einem so abgelegenen und verlassenen Teil unseres Volkstums auswirkt, je trauriger die Wirklichkeit ist, um so größer wird die Verbundenheit sein mit einer Lehre, die wenigstens die geistige Gemeinschaft herstellt. Es ist kein Wunder, daß gerade in einem solchen Gebiet dann der Glaube die fanatischsten Formen annimmt. Je mehr die Wirklichkeit diese Menschen quält und peinigt, um so größer wird die Sehnsucht nach irgendeiner Beziehung, und wenn sie eben nur in der Gemeinschaft einer Idee liegt. Wir haben das schon einmal in unserer Geschichte erlebt.

Das geschichtliche Vorbild der Salzburger.

Es war in der Zeit, da die Gegenreformation über Österreich zu wirken begann, die Zeit, in der damals so viele Hunderttausende Menschen lieber den Scheiterhaufen bestiegen, oder die Heimat verließen, als sich von ihrem Bekenntnis, das sie nun für richtig befunden und angenommen hatten, zu trennen. (Stürmische Zustimmungskundgebungen.)

Und es ist in unserer Zeit nicht anders gewesen. Je größer die Not unseres Volkes wurde, je mehr die Unterdrückungen zunahmen, um so mehr kamen sich die Menschen dann an jene Idee, die sie wenigstens innerlich frei machen konnte: an die nationalsozialistische! (Tosende Zustimmungskundgebungen.) Sie alle hatten die Empfindung, daß es etwas gibt, das sich über die ganze traurige Jahrhunderts lange Vergangenheit erhebt und weit darüber hinausragt, das nicht belastet ist mit der Tradition der Zerrissenheit, sondern das in sich birgt

ein neues Bekenntnis der deutschen Gemeinschaft.

Wir alle sind glücklich in dem gemeinsamen Erleben dieser gemeinsamen Idee, ihres gemeinsamen Glaubens an eine politische Auferstehung unseres Volkes, und wir waren vor allem glücklich in der Empfindung, daß wir nun auch rein äußerlich und symbolisch ohne Ansehen der Grenzen ein Beinhalten, das uns alle ein.

Es ist kein Zufall, daß dies Hakenkreuz sich mit einer wunderbaren Schnelligkeit über alle deutschen Lände und über alle Grenzen hinaus verbreiten konnte, überall dort, wo Deutsche leben. Es war das Zeichen, daß nicht von der Vergangenheit belastet erscheint, daß daher jeder Deutsche annehmen konnte, und in dem jeder die Gewissheit hatte: Wir überwinden damit die Vergangenheit und öffnen uns den Weg zu einer großen gemeinsamen deutschen Zukunft!

Dieses nationalsozialistische Glaubensbekenntnis aber wurde zum Duell der tiefsten Unterdrückung und größten Quälerei gerade in Deutschland.

Eine neue Gegenreformation versuchte man diesem Volk aufzuzwingen, gepaart mit einer Unterdrückung, die unerhört war. Und so wie einst Hunderttausende Deutsche

am Ende lieber ihr Land und ihre Heimat verließen, um ihrem Bekenntnis treu bleiben zu können, so gefährdet es nun wieder. Zehntausende und aber Zehntausende sind aus ihrer teuren Heimat fort als Emigranten nach Deutschland gegangen, da sie nicht ablassen wollten von ihrem politischen Glaubensbekenntnis. (Gewaltige Kundgebungen der ergriffenen Massen.)

Je stärker aber der Glaube wurde, um so gemeiner wurden die Methoden der Unterdrückung, und um so fanatischer wurde er jetzt der Widerstand dagegen! So erhärtete sich der Glaube immer mehr. So trieb ein Keil den anderen, und es war klar, daß eines Tages der Augenblick kommen mußte, in dem dieses gequälte Volk zur Selbsthilfe schreiten würde gegen seine Peiniger, und dies um so mehr, als die Peiniger nur eine verschwindend lächerliche Minderheit im österreichischen Lande verkörpern. Wie gering sie ist, das werden die nächsten Tage zeigen!

Es blieb nur eine Frage übrig: Wann wird die Stunde schlagen?!

Ein ganzes Volk hoffte auf diese Stunde. Ich habe das unzählige Mal erlebt. Ich habe sie erlebt, als diese Menschen zu mir über die Grenze kamen und immer nur den einzigen Schutzsucher hatten: Wann werden wir endlich befreit? Wann schlägt auch für uns die Stunde der Freiheit?

Blindes Weltgewissen.

Das hätten alle diese internationalen Wahrheitsaposten sehen müssen, die heute von Gewalt lügen und die Wirklichkeit nicht sehen wollen, weil sie nicht in ihr Konzept paßt. Die Welt und das Weltgewissen hatten dafür kein Verständnis! Ich habe in diesen Tagen in einer ausländischen Zeitung die Frog gelesen, worum ich denn zur Gewalt geschritten sei? Ich hätte das doch auch „friedlich“ machen können. (Gelächter.) Die Welt sei doch bereit gewesen, uns alles zubilligen? Das hätte man doch durch Besprechungen und Abmachungen auch ganz normal erreichen können? Wir kennen das und haben das oft in der Praxis kennengelernt: Das Weltgewissen, die Weltgerechtigkeit, die leideten aus den Friedensverträgen zum ersten Mal zu uns herüber! Wann sind jemals Völker schamlos vergewaltigt worden, als seit der Zeit, da man von Weltgewissen und Weltgerechtigkeit spricht? Wann hat man jemals Wirtschaftsgebiete gewissenlos zerstören, als seit dieser Zeit, da ein „Völkerbund“ gegründet wurde, um angeblich den Interessen der Völker zu dienen? Ohne Barmherzigkeit, aber auch ohne Vernunft hat man deutsches Land und deutsches Volkstum zerreißen und vergewaltigen lassen. Und seitdem war man taub gegen alle Bitten und alle Vorstellungen, gegen alle Einwände, Warnungen und Ermahnnungen.

Wie oft habe ich nicht vom Deutschen Reichstag aus und in hundert anderen Norden die Welt darauf aufmerksam gemacht, daß diese Dinge nicht ewig so weiter gehen können. Es würde mich nur freuen, wenn jetzt — wie ich aus dieser englischen Zeitung vielleicht entnehmen könnte — eine Sinneswandlung eintreten würde. Wir haben noch ein paar Ungerechtigkeiten zu beseitigen. (Tosende Beifallsstürme brausen durch die riesige Halle.) Vielleicht wird man sie jetzt auf gütlichem Wege bereinigen. (Erneut brandet der Beifall der Masse empor.) Bisher war man jedenfalls diesen Klagen gegenüber vollkommen taub.

Die Notlage in Österreich stieg aber fortgesetzt. Und es war in diesem Teil Deutschlands genau so wie in allen anderen! Die Menschen hingen erst recht an Großdeutschland sie wollten zur großen Volksgemeinschaft, sie gehören ihr blutmäßig an und ihr Wille entspricht dem!

Und da kommt dann eines Tages die Stunde, in der man sich entscheiden muß vor seinem Gewissen, vor seinem eigenen Volk und vor einem ewigen Gott, der die Völker geschaffen hat. Und ich habe diese Entscheidung vor 14 Tagen nun getroffen, und sie konnte nicht anders laufen! (Minutenlange Beifallsstürme.) Denn wenn die Menschen taub sind gegen jedes Gebot der Gerechtigkeit, dann muß der einzelne sich das Recht selber nehmen! (Bravende Zustimmung.) Dann muß er zum alten Glaubenssatz zurückkehren: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott! Und Gott hat uns geholfen! (Bei jedem dieser Sätze brandet der Jubel der Masse dem Führer entgegen.)

Der letzte Versuch mit Schuschnigg.

Wie war denn die Lage in Österreich? Seit sich die nationalsozialistische Bewegung dort anschickte, auf legalem Weg die Macht zu erobern, haben die Hüter der Demokratie die legalen Wege selbst verlassen und eine nackte tyrannische Diktatur aufgerichtet.

Der Mann, der nun Sachwalter dieser kleinen herrschenden Gruppe war, hieß Schuschnigg. (Stürmische Pfui-Rufe.) Ich habe im Laufe dieses Winters aus vielen Anzeichen gelesen, daß auf die Dauer dieser Zustand nun nicht mehr zu halten war, und daß es nur zwei Möglichkeiten gab: Entweder eine geregelte Lösung oder einen ungeregelter revolutionären Ausbruch. Ich wollte das letztere vermeiden und ich habe diesen Mann, der mir gegenüber überhaupt kein Mandat besaß, dieses Gebiet zu vertreten, trotzdem zu mir eingeladen. Ich habe ihn zu mir gebeten und ich habe ihm mit vollem Ernst auseinandergezeigt, was die Folge einer weiteren Aufrechterhaltung dieser Tyrannie sein müsse. Ich habe ihm gesagt: „Herr Schuschnigg, Sie unterdrücken ein Land! Sie haben kein Recht dazu! Dieses Land ist auch meine Heimat, genau so wie die Ihre!“ (Tosende Beifallsstürme.) Wie kommen Sie dazu, dieses Land fortgesetzt zu vergewaltigen!

Ich bin bereit, mich mit Ihnen dem Volk zur Abstimmung zu stellen. Wir treten beide als Kandidaten an. Das Volk soll entscheiden!“

(Die Mengen erheben sich bei diesen Worten zu minutenlangen unvorstellbaren Begeisterungsstürmen.) Er meinte, daß ginge nicht aus verfassungsgeschichtlichen Gründen. (Stürmische Heiterkeit geht durch die Versammlung.) Allein, ich ermahnte ihn, einen Weg der friedlichen Entwicklung zu suchen, da im anderen Fall niemand Gewähr übernehmen könnte, daß nicht die gequälte Volksseele aufschreien würde. Und darüber konnte ich keinen Zweifel lassen: In den deutschen Grenzen wird nicht mehr gegen deutsche Volksgenossen geschossen! Ich habe ihm wirklich in

allem Ernst klarzumachen versucht, daß es der letzte Weg ist, der vielleicht friedlich zu einer Lösung dieser Krise führen kann. Ich habe ihm keinen Zweifel gelassen, daß, wenn dieser Weg fehlschlägt, so oder so die Entwicklung weitergehen wird. Und ich bat ihn, nicht an meinem Ernst, die Hilfe des Reichs den unterdrückten Volksgenossen zur Verfügung zu stellen, zu zweifeln und nicht zu zweifeln an meiner Entschlossenheit, wenn aus einem Verlassen dieses Weges eine Krise entstehen sollte. Er hat nicht an den Ernst meiner Versicherungen geglaubt und er hat deshalb wohl auch das Abkommen gebrochen. (Stürmische Pfui-Rufe.)

Schuschnigg wollte das Ausland gegen Deutschland aufrufen.

Wir haben heute die Unterlagen dafür, wir haben die Briefe gefunden, in denen er am 19. Februar, noch einen Tag vor meiner Rede im Reichstag, schreibt, daß das Ganze von ihm nur ein rein faktischer Schachzug sein würde, dazu bestimmt, Zeit zu gewinnen, um abzuwarten, bis die außenpolitische Situation günstiger wäre. Er rechnete also damit, in einer glückhafteren Stunde

das Ausland gegen Deutschland aufrufen

zu können. (Empörte Pfui-Rufe.)

Um diesem seinem Vorhaben eine moralische Grundlage zu geben, hat dieser Mann nun jene lächerliche Abschlußkomödie erfunden, die ihre schärfste Bedeutung durch die Tatsache erfährt, daß wir jetzt Flugblätter und Plakate beschlagnahmen konnten, in denen bereits acht Tage vorher die Bitterer der Abstimmung bekanntgegeben wurden! Es war ein unerhörter Betrug in einem Lande, das seit vielen Jahren keine Wahl mehr hatte und nicht mehr abstimmen konnte. Es war klar, daß, wenn dieser neue Betrug gelingen würde, die Welt eiskalt erklärt hätte: „Heute ist dieses Regime legalisiert!“

Dagegen aber begann nun das deutsche Volk in Österreich, sich endlich selbst anzubauen. Da wendete es sich gegen seine Peiniger. Es stand auf!

Blutreichen, vorwulstigen Personen, Gichtleidenden und Hämorrhoidalkranken ist ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser, morgens aus nüchternen Magen getrunken, oft von unermüdbarem Ruhig! Fragen Sie Ihren Arzt. 1758

„Ich ließ marschieren!“

Und nun mußte ich für dieses Volk eintreten. Da gab ich den Befehl, dem Wunsch dieses Volkes zu entsprechen. Ich ließ marschieren! (Wie ein Mann erheben sich jubelnd die Zuhörer und bereiten dem Führer unbeschreibliche Ovationen.)

Ich tat es: erstens, um der Welt zu zeigen, daß es nun bitter Ernst ist und mich nichts zurückhalten kann, diesen Schritt zu tun. (Stürmische Beifallskundgebungen.) Sie hatte jahrelang Gelegenheit genug gehabt, sich um diese Probleme zu kümmern. Sie tat es nicht und mußte nun wissen,

dass die Zeit jeder weiteren Expression an Deutschland vorbei ist.

Nun aber kam eine große Gefahr, und das war der zweite Grund warum ich marschierte: Zu lange war Österreich unterdrückt, zu lange waren die Menschen mitgeholfen worden, als daß sie nicht das Gefühl der Nähe erfüllt hätte. Ich gestehe es offen, daß einem manchmal angesichts der furchtbaren Verfolgung selbst der Gedanke kommen konnte, es würde nur recht sein, wenn das Volk an seinen Peinigern endlich Rache üben würde. Ich habe mich dann aber doch entschlossen, daß zu verhindern, denn ich sah ein: Es gibt bei unseren Gegnern Menschen, die so verkommen sind, daß sie für die deutsche Volksgemeinschaft als verloren gelten müssen; es gibt aber anderseits auch viele Verblendete oder Wahnsinnige, die nur mitgekommen sind. Ihnen sind vielleicht noch die Augen richtig geöffnet worden. Und vor allem: Wer kann die Gewähr dafür bieten, daß, wenn erst einmal die Rosei ihren Ansang nimmt, daß private Rechungen beglichen werden unter dem Motto einer politischen Tat?

Und vor allem: So wie ich einst meinen größten Stolz darin setzte, die Revolution in Deutschland mit einem Minimimum an Opfern durchzuführen in der Überzeugung, daß der Nationalsozialistische Staat alle Guten gewinnen wird und vor seinen unverbesserlichen Feinden keine Angst zu haben braucht, so wollte ich auch hier die Wiedervereinigung nicht mit unnötigem Leid beladen und mit unnötigem Blut bekleckern.

Ich weiß ganz genau, manche hätten das verdient. Sie haben viele unserer Volksgenossen, die nichts anderes taten, als ihr Land und ihr großes deutsche Volk über alles zu lieben, zum Tode verurteilt. Sie haben Ihnen nicht einmal eine ehrenvolle Auseinandersetzung. Man hat sie gehenkt! (Entrüstete Pfui-Rufe.) Allein in Wien liegen 13 Opfer, die man an den Strang gebracht hat. Über 400 Ermordete, 2½ tausend Erschossene sind die traurigen Opfer dieser gemeinsten, schlechtesten und schlimmsten Unterdrückung der neueren Zeit in unserem Volk.

Allein, obwohl sie es verdienten, bin ich der Überzeugung, daß es richtig war, diesem Land den Bürgerkrieg zu ersparen. Es ist ein schönes Land. Ich wollte es nicht vernichten lassen. Mit jenen unverbesserlichen Gegnern werden wir fertig auch durch die normalen Mittel unseres Staates. Ein Teil von Ihnen wird ja ohnehin dorthin gehen, wo alle europäischen „Ehrenmänner“ dieser Art in den letzten Jahren sich versammelt haben. Und wir sind glücklich, daß sie z. T. schon gegangen sind. Ich kann nur hoffen und erwarten, daß die andere Welt, die mit diesen Verbrechern so tiefes Mitleid empfindet, wenigstens großzügig genug ist, dieses Mitleid in eine praktische Hilfe zu verwandeln. Wir sind von uns aus bereit, alle diese Verbrecher meinetwegen auf Luxusschiffen diesen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Wir haben in der überwältigenden Freude dieser Tage die Nachsicht vergessen

Ich habe mit vielen Männern und Frauen meiner Heimat gesprochen, die mir sagten: „Wir alle hatten irgend jemand, den wir haften, daß wir der Überzeugung waren: Wenn die Stunde der Befreiung kommt, dann muß dieser Verbrecher bestraft werden.“ Und als dann die Stunde kam, waren wir so überwältigt vom Glück, waren wir so trunken von dem Wunder, daß wir das ganz vergessen haben. (Jubelnder Beifall der Masse.) Wir wollen sie nur nicht mehr sehen! Wir sind ja

alle so glücklich, daß wir nun zu Deutschland gehören, daß wir in die deutsche Volkgemeinschaft aufgenommen sind, und daß unser Land nun ein Teil des Deutschen Reiches, unsere Wehrmacht ein Teil der deutschen Wehrmacht ist." (Erneute stürmische Kundgebungen.)

Ich wollte diesem Land die Schrecken Spaniens ersparen.

Und das war der zweite Grund, warum ich marschieren ließ. Und dann ein dritter: Ich mußte helfen. Man hatte mich gerufen. Es wäre nicht zu verantworten gewesen vor der deutschen Geschichte, wenn ich nicht den Befehl zum Einmarsch gegeben hätte.

Wenn nun gewisse Auslandsblätter schreiben, daß wir mit grauenamen Methoden eingefallen seien, dann kann ich nur sagen: Selbst im Sterben können sie das Lügen nicht lassen!

Ich habe im Laufe meines politischen Kampfes von meinem Volk sehr viel Liebe bekommen. Als ich aber in diesen Tagen die ehemalige Reichsgrenze überschritt, da schlug mir ein Strom von Liebe entgegen, wie ich ihn niemals größer empfunden habe. Nicht als Tyrannen sind wir gekommen, sondern als Befreier. Ein ganzes Volk jubelte auf. (Jubelnder Beifall der begeisterten Massen folgt jedem Satz des Führers.)

Nicht die brutale Gewalt, sondern unser Hakenkreuz hat hier gesiegt.

Als die Soldaten einzogen, da erlebte ich wieder ein Lied meiner Jugend. Ich habe es so oft gläubigen Herzen einst gesungen, dieses tolle Kampflied: "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los..." Und es war in der Tat der Aufstand eines Volkes und das Zuschrechen des Sturmes.

Unter diesem gewaltigsten Eindruck habe ich mich denn auch sofort entschlossen, nicht erst bis zum 10. April zu warten, sondern sofort die Einigung herbeizuführen. (Minutenlange begeisterte Zustimmung der Tausende.)

Ich konnte das tun, denn ich habe selbst dieses Volk gesehen. Und ich habe es gewagt, weil ich wußte: Ich werde am 10. April nicht eine Widerlegung meines Glaubens erfahren, sondern im Gegenteil, daß ganze Volk wird sich zu dieser Tat bekennen. (Erneut tosende Zustimmungskundgebungen.) Vor allem aber wollte ich der Welt eindeutig zeigen, daß über dieses Problem nicht mehr diskutiert wird.

Natürlich, man könnte nun fragen: Warum lassen Sie dann noch abstimmen? Warum soll dieses Deutschland Österreich nun überhaupt noch zur Abstimmung gehen?

Es ist dies ein Akt, den wir in die deutsche Geschichte einfügen wollen.

Das Volk soll bekennen!

Ich bin hier ein besserer Demokrat als sowiele der Demokraten in unserer Umgebung. Das Volk in Österreich soll die Gelegenheit haben aufzutreten, und ich will sehen, ob es nicht den Sohn seiner eigenen Heimat und den Führer der Deutschen Nation wählt. (Unbeschreibliche Kundgebungen branden dem Führer entgegen.) Und es soll damit zugleich ein Bekennen für ewig. Denn das schwören wir Nationalsozialisten uns heute so wie in der Vergangenheit: "Was wir einmal besitzen, geben wir niemals mehr her!" (Erneute tosende Kundgebungen.) Wo unser Banner in die Erde gerammt wird, da steht ein lebender Wall deutscher Menschen daran!

Warum ich nun aber auch in Deutschland selbst abstimmen lasse? Innerhalb weniger Tage ist uns ein Wunder gelungen. Es könnte nur zu leicht sein, daß manche Deutschen die Größe und die Bedeutung dieses Aktes nicht ganz erfassen. Wir haben in wenigen Tagen mehr gewonnen, als früher nach siegreichen Kriegen heimgebracht werden konnten: 84 000 Quadratkilometer und 6,8 Millionen Menschen! Es ist ein gewaltiger Zuwachs für unser Reich. Deutschland ist heute räumlich größer als 1914. Es hat um fast sieben Millionen Einwohner mehr. Das ist ein gewaltiger Erfolg. Das muß Deutschland wissen und empfinden, und daran soll sich die Deutsche Nation immer erinnern. Es soll daher diesmal eine heilige Wahl sein.

Ganz Deutschland muß antreten und muß sich dazu bekennen!

(Bravende Heilsruhe und tosende Begeisterung.)

Das, was sich in diesen letzten Wochen abspielte, ist das Ergebnis des Triumphes einer Idee, eines Triumphes des Willens, aber auch eines Triumphes der Beharrlichkeit und Zähigkeit und vor allem: Es ist das Ergebnis des Wunders des Glaubens, denn nur der Glaube hat diese Berge versetzen können. Ich bin einst im Glauben an das deutsche Volk ausgezogen und habe diesen unermesslichen Kampf begonnen. Im Glauben an mich sind erst Tausende und dann Hunderttausende und endlich Millionen mir nachgefolgt. Im Glauben an Deutschland und an diese Idee haben Millionen unserer Volksgenossen in der neuen Ostmark des Südens unseres Reiches die Fahnen hochgehalten und sind dem Reich und dem deutschen Volkstum treu geblieben. Ich habe nun heute den Glauben zu diesem 10. April. Ich bin überzeugt,

an diesem Tage wird zum ersten Mal in der Geschichte wirklich ganz Deutschland marschieren.

Sie werden marschieren, nicht nur in den Alpentälern von Kärnten und Tirol, Steiermark oder Bayern, nicht nur an der Donau, sondern genau so am Rhein und in den Marschen von Schleswig-Holstein; sie werden marschieren in den Großstädten und in den Dörfern und vor allem auch hier in dieser Provinz. (Stürmische minutenlange Heilsruhe.)

Ich werde an diesem Tage der

Führer der größten Armee der Weltgeschichte sein. Denn wenn ich an diesem 10. April meinen Stimmzettel in die Urne gebe, dann weiß ich: hinter mir kommen 50 Millionen nach und sie alle kennen nur meine Parole: Ein Volk und ein Reich - Deutschland!"

Am Schluss dieser denkwürdigen ersten Wahlkundgebung des Führers im größeren Deutschland nahmen die Kundgebungen der Begeisterung und des Jubels unbeschreibliche Ausmaße an. Minutenlang jubelten die Männer und Frauen Ostpreußens dem Führer zu und immer wieder neu brandeten ihm ihre donnernden Heilsruhe entgegen, als Gelöbnis, daß Ostpreußen auch am 10. April wieder seine Pflicht erfüllen werde.

Ostburg-Wonorze - ein Tatsachenbericht.

Erfolgslose Bemühungen um die Erhaltung einer deutschen Privatschule im Kreise Inowroclaw.

Die Eltern der deutschen

Wonorze, 26. Februar 1938.

Kinder in Wonorze.

An den Herrn Wójt Januszewicz

Dąbrowa Biskupia

pow. Inowroclaw.

Herr Wójt!

Wir deutschen Eltern der Schulkindergarten in Wonorze wenden uns an Sie als den ersten Bürger in der Gemeinde in der Sorge um die Schule für unsere Kinder. Sie behaupten, daß Sie das Verfügungsrrecht über das Schulhaus, in dem sich unsere Privatschule befindet, erworben haben. Wir Eltern haben uns bemüht, das gleiche Gebäude zu mieten, damit die Schule unseren Kindern erhalten bleibt. Denn obwohl wir uns seit zwei Jahren anstrengen, die Genehmigung zur Errichtung eines eigenen Schulhauses zu bekommen, ist auf unseren letzteren Antrag, den wir am 7. Januar 1937 der Wojewodschaft einreichten, bisher keine Antwort erfolgt. Mehr als 1 Jahr ist vergangen, und das Wojewodschaftsamt hat zu unserem Bauprojekt keine Stellung genommen. In dieser Zeit hätten wir unsere Schule schon erbaulen können. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß dennoch das Wojewodschaftamt den Bau erlauben wird. Darum, Herr Wójt, richten wir die Bitte an Sie als denjenigen, der die Rechte des Pächters erworben hat, und infolgedessen über das Schulhaus verfügt: gewähren Sie unseren Kindern die Unterkunft! Der Zweck, für den Sie das Schullokal gepachtet haben, ist sicherlich nicht so dringend wie unsere Schulfrage und wird sich auch mit der Verzögerung von einigen Monaten noch durchführen lassen.

Wenn Sie aber einer anderen Ansicht sind, dann bitten wir um Ihre klare Stellungnahme. Geben Sie ein Verbot, aus dem deutlich hervorgeht, daß unsere Kinder und ihr Lehrer den Raum nicht mehr zu Schulzwecken betreten dürfen. Unsere Kinder werden dann in einem und an jedem Tag um Einlaß in ihre Schule bitten, aber das Verbot der Behörde werden wir selbstverständlich befolgen.

Zwecks Vermeidung von Mißverständnissen bitten wir um schriftliche Antwort, ob Sie gestatten, daß in dem Lokal unsere Schule den Unterricht weiter abhalten darf - in dem Fall wollen wir gern Ihre Unkosten und die Miete ersehen - oder ob Sie die Räumung des Lokals fordern.

Am gleichen Tage wurde der zuständige Schulinspektor um Hilfe angegangen:

Wonorze, 26. Februar 1938.
An das Schulinspektorat
in Inowroclaw.

Sehr geehrter Herr Schulinspektor!

Die Eltern der Schulkindergarten in Wonorze überliefern Ihnen in der Anlage die Abschrift eines an den Wójt in Dąbrowa Biskupia, Herrn Januszewicz, gerichteten Schreibens zur ges. Kenntnis.

Wir wenden uns an Sie, Herr Schulinspektor, als an die Behörde, die die unmittelbare Aufsicht über unsere Schule anvertraut ist, und bitten um Nachsicht für unsere Sorge im Hinblick auf die drohende Unterbrechung des Unterrichts in unserer Schule.

Weder wir Eltern noch der Lehrer wollen der Schule einen Schaden zufügen. Darum bitten wir Sie, gütigst veranlassen zu wollen, daß unsere Schule in dem bisherigen Lokal solange bleiben darf, bis das Wojewodschaftsamt den letztens am 7. Januar 1937 eingereichten Bauplatz bestätigt.

Wir hoffen, daß Sie, Herr Schulinspektor, die Angelegenheit unserer Schule wohlwollend behandeln und eine Förderung des Unterrichts mit im Schuljahr nicht zulassen werden.

Da wir Eltern keinen Fehler begehen möchten, bitten wir um eine deutliche Entscheidung.

Am 27. Februar 1938 wurde an den Herrn Kurator nachstehendes Telegramm gesandt:

Telegramm. Wonorze, 27. Februar 1938.
An den Herrn Kurator des Schulbezirks Posen
in Posen.

Die Eltern von 29 Kindern deutscher Volkszugehörigkeit in Wonorze wenden sich an Sie, Herr Kurator, als den Verkünder der Schule im Posener Schulbezirk, mit der Bitte um Schutz für die Privatschule mit deutscher Unterrichtssprache in Wonorze, damit die Schule weiter in dem gegenwärtigen Schulgebäude verbleiben darf, das angeblich der Wójt aus Dąbrowa Biskupia gepachtet hat, bis zur günstigen Erledigung unseres am 7. Januar 1937 bei dem Wojewodschaftsamt eingereichten Antrags auf Erlaubnis zum Bau eines eigenen Schulgebäudes. Wir bitten um entsprechende Beauftragung des Schulinspektors in Inowroclaw, damit eine Unterbrechung des Unterrichts vermieden wird.

Endlich wandte sich die Elternschaft am 28. Februar 1938 durch Vermittlung des Herrn Senators Wiesner an das Inneministerium:

Telegramm. Bielitz, 28. Februar 1938.
Herr Naczelnik Dr. Sawicki,
Inneministerium in Bielitz.

29 deutsche Kinder in Wonorze, Kreis Inowroclaw, müssen heute das von ihren Eltern bis Weihnachten 1937 gemietete Schulgebäude verlassen, weil die Gemeinde dieses Schulgebäude an den Wójt Januszewicz aus Dąbrowa Biskupia, pow. Inowroclaw, verpachtet hat. Dem am 7. Januar 1937 eingereichten Antrag auf Errichtung eines neuen Schulgebäudes ist bis heute nicht stattgegeben worden. 29 deutsche Kinder werden auf die Straße gestellt. Ich bitte den Herrn Naczelnik, als den Verkünder unserer Volksgruppe, dem Herrn Kreischulinspektor in Inowroclaw die Anordnung zu erteilen, die vorläufigen Maßnahmen zu ungestörter Fortsetzung des Unterrichts zu treffen.

Senator Wiesner. Alle Bemühungen blieben erfolglos. Am 3. März ging der Schulleitung folgendes Schreiben der Schulinspektion zu:

Der Schulinspektor in Inowroclaw
Nr. 1112/88
Erfüllung der Schulpflicht.
Antwort auf das Schreiben vom 1. März 1938 Nr. 9/88

Gegen Empfangsbestätigung!
An die Zeitung
der Privatschule mit deutscher Unterrichtssprache
in Wonorze.

Im Zusammenhang mit dem Schreiben vom 1. März 1938 Nr. 9/88 beauftragte ich Sie, die Kinder, die die dortige Privatschule besuchen, den territorialen zuständigen öffentlichen Volksschulen in Mołdorzyce bzw. Ośnisczec zu überweisen.

Obige Verfügung ist sofort nach Erhalt dieses Schreibens auszuführen; die Schulkindergarten und die Eltern sind über die Notwendigkeit der Erfüllung der Schulpflicht entsprechend zu belehren.

Obige Verfügung ist vorübergehend und verpflichtet bis zur endgültigen Regelung der Lofalfrage der dortigen Schule und in diesem Zusammenhang bis zu einer entsprechenden Verfügung der Schulbehörden.

Der Schulinspektor
(-) Salardzinski.

Den behördlichen Weisungen entsprechend wurden die Kinder den zuständigen staatlichen Volksschulen überwiesen.

Es ist nicht die Schuld der seit Jahren um die Raumfrage und damit um den Weiterbestand ihrer Schule befürchteten Eltern, wenn die Privatschule heute kein Heim hat und mittler im Schuljahr den Unterrichtsbetrieb einstellen muß. Alle Bemühungen des Ortschulvereins seit 1935 um eine endgültige Lösung der Lofalfrage durch die Errichtung eines neuen Schulgebäudes hatten bis zum heutigen Tage keinen Erfolg. Wie alle staatlichen Schulhäuser einer zurückliegenden Bauzeit entspricht auch das staatliche Schulgebäude in Wonorze nicht den Anforderungen, die das neue polnische Schulbaugesetz stellt. Infolgedessen beantragte der Schulverein Wonorze erstmals im März 1935 die Genehmigung

zu einem Neubau. Dieser Antrag wurde am 17. September 1935 von der Wojewodschaftsbauabteilung in Posen abgelehnt:

Wojewodschaftsamt Posen
Verkehrs- und Bauabteilung
Nr. A. B. I 22/43/25

Posen, 17. September 1935
Gegen Empfangsbestätigung!
An den Deutschen Schulverein in Wonozze,
Kreis Inowrocław.

In Erledigung des Antrags vom 30. März 1935 betr. Baugenehmigung für die zweiklassige Privatschule mit deutscher Unterrichtssprache in Wonozze, verneigt das Wojewodschaftsbauamt auf Grund der Art. 884 und 843 der Verordnung des Staatspräsidenten betr. Baurecht und Bebauung von Siedlungen vom 18. Februar 1928 (Dz. URP Nr. 23, Pos. 202) die Erteilung der Genehmigung für die Ausführung der oben genannten Arbeiten, weil der projektierte Bau den Vorschriften des Art. 820 des Baurechts nicht entspricht und zwar:

1. Der Bauplatz ist nicht entsprechend, weil schon in einer Tiefe von mehr als 1 Meter das Grundwasser sich befindet;
2. in der nächsten Nachbarschaft liegt das Überschwemmungsgebiet, das im Frühjahr ständig unter Wasser liegt. Die daraus entstehende Feuchtigkeit würde in hohem Maße die Gesundheit der Kinder gefährden;
3. es fehlt ein Brunnen in der Nähe, und es ist nicht bekannt, ob das Brunnenwasser zum Trinken geeignet ist;
4. im Projekt fehlt der Quer- und Längsschnitt des Schulzimmers, es ist also nicht bekannt, in welcher Höhe die Schulzimmer projektiert sind;
5. Es fehlt ein besonderer Raum für die Garderobe;
6. die Aborte werden mit Holzwänden projektiert, was nicht entsprechend ist;
7. die Senkgrube ist nicht überwölbt;
8. die Zugänge zu den Aborten für Knaben und Mädchen liegen unmittelbar nebeneinander und sind nicht durch eine entsprechende Wand getrennt.

Gegen obige Entscheidung steht das Berufungsrecht zu an das Innenministerium durch das Wojewodschaftsamt innerhalb von 14 Tagen vom Aufstellungsdatum an geltend.

Das eingereichte Projekt wird zurückgestellt.

Anl.: 3.
Für den Wojewoden
(—) Ing. Chmielowski.

Die in der Ablehnung genannten Beanstandungen wurden unverzüglich behoben, und am 3. Oktober 1935 wurde der Behörde das Bauprojekt erneut vorgelegt:
Deutscher Schulverein
wonozze, 3. Oktober 1935.
An das Wojewodschaftsamt Posen,
Verkehrs- und Bauabteilung
in Posen.

In Erledigung des Schreibens vom 17. September 1935 Nr. A. B. I 22/43/25 betr. Bauablehnung Wonozze, Kreis Inowrocław, erklären wir folgendes:

Zu Punkt 1: Die an 5 Stellen vorgenommenen Untersuchungen des Baugrundes haben ergeben, daß in der Tiefe von 2 Metern kein Grundwasser anzutreffen war.

Zu Punkt 2: Es trifft nicht zu, daß die Nachbargebiete im Frühjahr überschwemmt werden, weil das ganze Gebiet durch Abzugsgräben und weitverzweigte Drainageanlagen seit vielen Jahren reguliert ist. Das Grundstück hat dieselbe Höhenlage, wie die unmittelbar vorliegende Chaussee.

Zu Punkt 3: Das Trinkwasser von einem bereits gebohrten Brunnen wird dem Kreisarzt zur Untersuchung eingesandt und das Gutachten über geeignetes Trinkwasser umgehend vorgelegt werden.

Zu Punkt 4: Quer- und Längsschnitt durch die Klassenräume sind beigefügt.

Zu Punkt 5: Ein besonderer Raum für eine Garderobe ist bei einer zweiklassigen Schule nach den vom Ministerium für Religionskenntnisse und öffentliche Bildung veröffentlichten Vorschriften nicht vorgeschrieben und auch in allen bisher ausführlichen Neubauten von dem Wojewodschaftsamt nicht vorgesehen worden. Es wird daher gebeten, auch in diesem Fall von einem besonderen Garderobenraum Abstand zu nehmen.

Zu Punkt 6: In der Anlage ist der Entwurf für eine massive Abortanlage beigelegt.

Zu Punkt 7: Die Senkgrube wird massiv überwölbt.

Zu Punkt 8: Die Zugänge für Mädchen und Knaben sind durch besondere Wände getrennt worden, siehe Zeichnung.

Es wird gebeten, die Genehmigung zur Bauausführung baldmöglichst erteilen zu wollen.

Da in der Ablehnung vom 17. September 1935 der Baugrund beanstandet wurde, legte der örtliche Schulverein als Bauherr der Wojewodschaft am 18. November 1935 zwei amtliche Gutachten über den Baugrund und Mitte Januar 1936 das amtliche Gutachten über das Trinkwasser — auf dem Baugelände musste ein neuer Brunnen angelegt werden — vor:

Bescheinigung!

Hiermit wird bescheinigt, daß das Gelände, welches in der Nachbarschaft der Bauparzelle der Privatschule des Deutschen Schulvereins in Wonozze, Kreis Inowrocław, liegt, niemals dauernd unter Wasser steht.

Das war der Fall vor etwa 10 Jahren, als dieses Gelände noch keine Abzugsgräben und keine Drainageanlage besaß. Wonozze, 24. Oktober 1935.

(—) Przeński, Gemeindevorsteher
Siegel.

Sylwia Kościelny
Gerichtlich vereidigter Sachverständiger
für Bauaufsicht.

Wonozze, 6. November 1935.

Gutachten.

Auf das Ansuchen des Bauleiters, Herrn Otto Herzke, begab ich mich am 24. Oktober 1935 nach Wonozze auf das Gelände, auf dem die Privatschule gebaut werden soll.

Auf diesem Gelände waren 5 Löcher von etwa 2,50 Meter Tiefe, in denen kein Grundwasser vorhanden war.

Unabhängig davon ließ ich in meiner Gegenwart ein etwa 1 Meter tiefes Loch graben und habe kein Grundwasser bemerkt.

Obiges Gutachten wird dem Bauleiter Herrn Herzke zwecks Vorlage bei dem Wojewodschaftsamt ausgefolgt.

(—) Kościelny,
gerichtlich vereidigter Sachverständiger
für Bauaufsicht beim Bürgergericht und
Steueramt in Inowrocław.

Am 22. August 1936 versiegt auch der zweite Bauantrag der Ablehnung! Auf die beigebrachten Gutachten wurde keine Rücksicht genommen. Auch die beiden amtlichen Gutachten über den Baugrund fanden keine Beachtung. Die Behörde blieb bei ihrer Behauptung, daß das Grundwasser in einer Tiefe von 1,50 bis 1,85 Meter liege.

Ein dritter Bauantrag wurde der Behörde am 7. Januar 1937 übergeben. In diesem dritten Antrag wurde u. a. angeboten, das Gelände so weit zu erhöhen, daß in jedem Fall (d. h. auch nach der Ansicht der Wojewodschaft) das Grundwasser zwei Meter unter der Baustelle zu liegen kommt. Das Posener Wojewodschaftsamt hat zu diesem Antrag — inzwischen sind fast 1½ Jahr vergangen — bis heute noch nicht Stellung genommen.

Posener Notierung vom 25. März. Gestiegen durch die Westpolnischen Molkerei-Zentralen. Großhandelspreise: Exportbutter: Standardbutter 3,70 zł pro kg ab Lager Posen, 3,65 zł pro kg ab Molkerei; Nicht-Standardbutter — zł pro kg (— zł); Inlandbutter: L. Qualität 3,50 zł pro kg, II. Qualität 3,40 zł pro kg. Kleinverkaufspreise: 4,00 zł pro

Die Wahlparole der Wirtschaft.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das deutsche Volk wird am 10. April zur Wahlurne schreiten. Der politische Anlaß ist einmalig und von historischer Größe. Aber im Wahlkampf sollen die Leistungen der Regierung Adolf Hitler in ihrer Totalität bestätigt werden, und dazu gehören nicht zuletzt die auf wirtschaftlichem Gebiet. Was Deutschland im Verlauf von reichlich fünf Jahren wurde, ist es nicht zuletzt deshalb geworden, weil die Regierung vom ersten Tage der Machtübernahme an eine beispiellose Energie an den wirtschaftlichen Wiederaufbau wandte. Mit welchen Mitteln, auf welchen Wegen und in welcher Zielausrichtung erreichte die deutsche Wirtschaft, die Ende 1932, Anfang 1933 auf einem Tiefpunkt ihrer Bahn angelangt war, die neuen Gipfelpunkte?

Das charakteristische Merkmal der deutschen Wirtschaftsgesellschaft ist, daß sie nicht aus der Automatik des Wechselspiels zwischen Krise und Konjunktur erwuchs, sondern daß sie vom ersten Augenblick an in allen ihren Stadien von der politischen Seite her gesteuert und ausgerichtet wurde. Als Ziel stand von vornherein fest,

dass die Wirtschaft überhaupt aus der Labilität des alten Schafelzustandes herausgelöst und zu einer vom politischen Willen dauernd garantieren Stabilität hingeführt werden sollte.

Dabei ist alles, was Staatswirtschaft geworden wäre, vermieden worden. Das Einzigartige der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung ist darüber darin zu erblicken, daß der Staat zwar der Wirtschaft gegenüber sein Erfolgsurteil wahrt und sie den großen Aufgaben von Volk und Staat unterordnete, daß er dabei aber der persönlichen Unternehmerinitiative nicht Raum gab, sondern sie immer und immer wieder anregte und förderte, doch er die einzige Allmacht des Kapitals brach, durch seine Arbeitspolitik aber erst die Voraussetzungen für neue Kapitalschöpfung erfüllte und diesem Kapital unaufhörlich neue dankbare Arbeitsmöglichkeiten gab; daß er mit den zunächst fühn erscheinenden Methoden der Finanzierung dieser Arbeitspolitik die finanzielle Lage des Staates in einem Umfang und einem Tempo sanierete, die man weder im Inland noch im Ausland noch mit möglich gehalten hätte. All das war nur erreichbar mit den autoritären Mitteln einer Staatsführung, die sich gänzlich freimachen konnte von den Interessenklängen, die ihre politischen Großziele nicht im Wege von "Gegengräben" auszuhandeln brauchte. Ihre Maßnahmen haben gewiß in vieler Hinsicht das organisatorische Gefüge der deutschen Wirtschaft umgestaltet. Besonders ist, daß die Wirtschaftsgesellschaft des Dritten Reiches und ihre verwaltungsmäßige Handhabung nicht nur aus einer neuen Wirtschaftsgesellschaft entsprangen, sondern sie auch Schritt um Schritt in allen Kreisen der schaffenden Menschen zu wirklichem Leben erweiterten. So ist das geistige Gefüge der Wirtschaft heute ein anderes, als es vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus war. Und dieser Wandel ist der Wirtschaft gut bekommen.

Ein paar Beispiele:

Es ist heute kaum noch nötig, von der Arbeitsbeschaffungspolitik zu sprechen, die aus einem Heer von 8½ Millionen Arbeitslosen eine Armee werfender Menschen mache. Schon sind die vorbandenen Arbeitsaufgaben größer und umfassender geworden als die verfügbaren Arbeitskräfte. Heute handelt es sich darum, die Methoden des Arbeitsaufzuges so zu verfeinern, daß seine Lenfung im Einklang mit dem an den staatspolitisch wichtigen Einsatzstellen vorliegenden Bedarf erfolgen kann. Dazu bedurfte es einer Reihe von Maßnahmen, die damit begannen, daß z. B. in der Metallwirtschaft und der Bauwirtschaft die Nachfrage den mit vordringlichen Arbeiten beschäftigten Betrieben vorbehalten würden, die für gewisse Betriebe den Zwang zur Nachwuchsausbildung festlegten und die jüngst noch eine Meldepflicht für Schulabschlüsse einführten, um die Möglichkeit für eine planvolle Lenfung der Berufswahl zu schaffen. Mit dem früher üblichen System der freien Arbeitsvermittlung und der unbedingten Freifügigkeit von Ar-

beitsplatz zu Arbeitsplatz hätte der derzeitigen Beschäftigungslage in wichtigen Industriezweigen nicht Rechnung getragen werden können. Die neuen Wirtschaftsgesinnung, aus der diese Arbeitsbeschaffungspolitik begriffen werden muß, wird einem klar, wenn man etwa die traditionellen Verhältnisse auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt zum Vergleich heranzieht. Der Amerikaner sucht einen „Job“, eine Gelegenheit, möglichst viel Geld zu verdienen. Er kennt in der breiten Masse nicht in dem Sinne wie wir den Beruf als Lebensausgabe. Die Bewertung der Arbeitskraft erfolgt nach den Spielregeln der Börse. Man „steigt ein“ und „steigt wieder aus“, je nachdem, wie hoch im Kurs diese oder jene Beschäftigung am Arbeitsmarkt gerade liegt.

Die deutsche Aussöhnung wirtschaftet mit der gesuchten Arbeitskraft des einzelnen als mit einem Teil des großen Kapitalvermögens des Volkes.

Ganz ähnlich ist eine einheitliche und auf die Gefambedürfnisse der nationalen Wirtschaft ausgerichtete Bewirtschaftung fast aller Rohstoffe durchgeführt worden. Die vergangenen Regierungen haben sich in ihren wirtschaftlichen Überlegungen überhaupt nicht ernstlich mit dem schwerwiegenden Problem beschäftigt, wie die durch den Kriegsausgang und den Verlust großer Erzlagerstätten gefahrene Mangellage im Bereich der Rohstoffversorgung auf die Dauer zu meistern sei. Man verließ sich auf das Funktionieren des Außenhandelsausstauschs. Unnötig, hier noch einmal zu belegen, daß dieses System mit zunehmender Blockierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen immer weniger befriedigend arbeitete, ganz abgesehen davon, daß damit Abhängigkeiten geschaffen wurden, die die deutsche Handlungsfreiheit einengten mußten. Die zu lösende Aufgabe war einmal die Sicherung der Rohstoffversorgung — auf allen Gebieten — durch vermehrte Gewinnung und zum anderen die nach der Dringlichkeit des Bedürfnisses gelenkte Verteilung bei den Rohstoffen, die nicht in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stehen. Das erste geschah durch Steuererleichterungen für neue Erzeugnisse herstellende Betriebe, durch die Übernahme von Reichsgarantien für die erforderlichen Investitionen, durch plannäßige Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten von Erzen und Erdöl, durch die

unmittelbare Einschaltung der Reichsiniziative

mit der Errichtung der Reichswerke Hermann Göring und die organisatorische Zusammenfassung aller dieser Arbeiter im vierjährigen Plan. Das Verteilungsproblem konnte nicht anders als mit einer gewissen Bureaukratischen Überwachung des Bereichs gelöst werden. „Reiche“ Wirtschaft im Reichen teil ansteigender Konjunktur hätte eine Preishausse gigantischen Ausmaßes entfesselt und dabei die benötigten Mengen auch nicht zur Verfügung gestellt, da ja das Einfuhrtor nicht weit enough offen stand. Es wäre ein Kampf der Betriebe gegeneinander geworden, bei dem die schwächeren auf der Strecke geblieben wären.

Eine Wirtschaftspolitik, die auf dem Rohstoff wie auf dem Arbeitsmarkt das freie Spiel von Angebot und Nachfrage ausschaltete, durfte aber auch nicht davor zurücktreten, den Reflex dieses Spiels, nämlich die von ihm bestimmte Preis- und Lohnbildung abzufangen. Wir konnten weder eine Preis- noch eine Lohnkonjunktur brauchen, sondern wollten eine Konjunktur der Steigerung der Güterproduktion. Aus ihr allein kann Wohlstand für alle fließen. Deshalb Festhalten des Preisniveaus und des Lohnniveaus mit dem Erfolg, daß es gelang, das Gesamtvolume der deutschen Kaufkraft beträchtlich zu steigern.

Die Wirtschaft ist — wie der Führer es in seinen Reden wiederholte forderte — die Diennerin von Volk und Staat geworden. Aber wir wollen doch nicht vergessen, daß letzten Endes die Politik des Staates auch ihr diente und sie zu einer neuen Blüte führte, um die das Ausland uns vielfach bereitete. Die Zustimmung des Wirtschaftlers zur Politik der Reichsregierung ist unter diesen Umständen nur eine Selbstverständlichkeit.

Joh. Buschmann.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polki“ für den 28. März auf 5,924 zł festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polki beträgt 4½%, der Lombard.

Berlin, 26. März. Uml. Devisenturie. Newyork 2,493—2,497, London 12,355—12,385, Holland 137,76—138,04, Norwegen 62,10 bis 62,22, Schweden 63,66—63,78, Belgien 41,97—42,05, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 7,542—7,558, Schweiz 57,04—57,16, Prag 8,691 bis 8,709, Wien —, Danzig 47,00—47,10, Warschau —.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 amerikanischer Dollar 5,27 zł, dts. kanadischer 5,26 zł, 1 Pf. Sterling 26,24 zł, 100 Schweizer Franc 121,25 zł, 100 französische Franc 16,01 zł, 100 deutsche Reichsmark in Papier 99,00 zł, in Silber 105,00 zł, in Gold fest —, 3 zł, 100 Danziger Gulden 99,75 zł, 100 tschech. Kronen 15,50 zł, 100 österreich. Schillinge —, 3 zł, holländischer Gulden 292,70 zł, belgisch Belgas 89,00 zł, ital. Lire 21,50 zł.

Effeltenbörsen.

Posener Effelten-Börse vom 26. März.

5% Staat. Konvert.-Anleihe größere Stücke 71,50 + mittlere Stücke — kleinere Stücke 72,00 B.

4½% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III) —

4½% Obligationen der Stadt Posen 1929 —

5% Blandbriefe der Westpoln. Kredit-Ges. Posen II. Em. —

5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G. zł.) —

4½% Blandbriefe der Posener Landesbank Serie I —

4% Konvert.-Blandbriefe der Posener Landesbank 54,00 +

Bank Cukrownictwa (ex. Divid.) —

Bank Polki (100 zł) ohne Coupon 8½% Div. 1936 111,50 +

Biechcin. Jähr. Wap. i Cem. (30 zł) —

H. Cegielski —

Luban-Wronki (100 zł) —

Cutrowina Kruzwica —

Hotel Bristol w Warszawie —

Tendenz: stetig.

Warichauer Effelten-Börse vom 26. März.

Teilverkäufer Wertpapiere: 3prozent. Bräm., Invest., Anleihe 81,50, 3prozentige Bräm., Invest., Anleihe II. Em. 81,00, 4prozentige Dollar-Bräm.-Anleihe III 40,75, 7prozentige Stabilisierungs-Anleihe 1927 —, 4prozentige Konkolidierungs-Anleihe 1936 66,75, 5prozentige Staatl. Konvert., Anleihe 1924 70,50—71,25—71,25, 7prozentige Blandbr. d. Pol. Landsh. I. Gold II. Em. 62,00 +

3½% Blandbriefe der Posener Landesbank Serie I —

4% Konvert.-Blandbriefe der Posener Landesbank 54,00 +

Bank